Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

08.01.1932 (Nr. 6)

Visual Library

BTZ.

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 8. Januar 1932 • Nummer 6

Der ADGB. lügt!

Näheres im lokalen Teil

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BTZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Hitlers Weg zur Macht

Brüning und Groener haben Adolf Hitler nach Berlin gebeten!

Preußenwahl oder Präsidentenwahl?

Vor einer Entscheidung?

Nachdem die NSDAP. die stärkste Partei in Deutschland geworden war — als Freiheitsbewegung war sie schon seit langem **der stärkster Faktor deutscher Politik** — hat unser Führer Adolf Hitler als nächstes eindeutiges Ziel die Machtergreifung an jeder Stelle, in jedem Land und schließlich im Reich gesetzt. Unter dieser Voraussetzung haben alle innerpolitischen Kämpfe des letzten Jahres gestanden, in Braunschweig, Bremen, Hamburg und Hessen. Die Führung war sich darüber klar, daß diese Machtergreifung in den meisten Fällen nur über den Umweg einer Koalition möglich ist. Darum bildeten wir in Braunschweig eine Regierung mit den Rechtsparteien, darum stellten wir in Bremen zunächst den Präsidenten der Bürgerschaft, darum wurde in Hessen mit dem Zentrum verhandelt und in Hamburg sowie in Oldenburg eine Rechtskoalition versucht. Aus dieser Marschrichtung ergaben sich die weiteren Entschlüsse der jeweiligen Parteileitungen, so in Oldenburg die Durchführung eines Volksbegehrens zur Auflösung des arbeitsunfähigen Landtages. Ueber allen diesen Einzelverhandlungen aber stand die **Bildung der Harzburger Front unter Führung Adolf Hitlers.** Den gleichen Zwecken diente die Fühlungnahme Hitlers mit Amerika und die Reise Rosenbergs nach London.

Wir haben diese Tatsachen noch einmal angeführt, um den klaren Weg der NSDAP. zur Machtergreifung aufzuzeigen. Eine neue Etappe scheint die Unterhandlung Hitlers mit der Reichsregierung zu werden, die scheinbar auf Veranlassung des Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgt. Die Möglichkeit dieses Schrittes dürfte Adolf Hitler durch ein geschickt formuliertes Neujahrstelegramm an Hindenburg geschaffen haben. Auch diese Unterhaltung muß und kann lediglich unter den oben angegebenen Gesichtspunkten gewertet werden. Rein sachlich handelt es sich für die Reichsregierung darum, im Augenblick wichtiger außenpolitischer Verhandlungen innerpolitische Kämpfe, wie sie die Reichspräsidentenwahl mit sich führen würde, zu vermeiden.

Man kann zu diesem Zweck entweder durch Reichstagsbeschluß die Amtszeit des Reichspräsidenten um eine bestimmte Zeit verlängern, man kann aber auch eine Volksabstimmung herbeiführen, und dieser jede politische Schärfe nehmen, indem man sich vorher auf den Kandidaten einigt. Hindenburg seinerseits scheint vom Reichskanzler verlangt zu haben, daß seiner weiteren Amtsführung seine einstigen Wähler, die heute zu ihm in Opposition stehen, zustimmen. Die Sozialdemokratie wie überhaupt die Systemparteien haben ihrerseits Angst vor einer politischen Entscheidung durch den Stimmzettel und sind daher geneigt, den Plänen des Kanzlers zuzustimmen. Aus dieser Sachlage ergibt sich die Basis der Verhandlungen, die **jetzt mit dem Führer der Opposition geführt** werden und gleichzeitig ersieht man hieraus die Stärke der Opposition, aber auch die Gefahren, in die man sich begeben kann.

Unter der Voraussetzung, **so rasch wie möglich zur Macht zu kommen,** d. h. zunächst als greifbares Ergebnis die **korrekte Durchführung der Preußenwahlen zu sichern,** könnte der Führer der Opposition die hinter ihm stehende Macht dadurch in die Wagschale werfen, daß er einer kurzfristigen Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs zustimmt und dafür ganz bestimmte Bedingungen stellt. Es wird ganz nüchtern die Frage zu prüfen sein, ob

unser Endziel rascher durch eine Präsidentenwahl im März oder durch eine ohne amtlichen Terror durchgeführte Preußenwahl erreicht werden kann.

Darum hat Adolf Hitler auch zunächst nach der ersten Besprechung mit Brüning sich mit Hugenberg und dem Stahlhelm in Verbindung gesetzt, um deren Stellungnahme kennenzulernen. Erst dann wieder wird mit Brüning und Groener verhandelt werden. In diesem Zusammenhang sind die taktlosen Ausführungen des Reichsfinanzministers Dietrich von Bedeutung, der erst in diesen Tagen die Nationalsozialisten als Desperados bezeichnete, die in einem Zusammenbruch ihrer Hoffnung säßen — wer war denn, Herr Dietrich, bislang Führer mitten hinein in den Zusammenbruch? — und ebenso bedeutsam sind die unannehmbaren Bedingungen, die das Zentrum in Hessen uns für eine Regierungsbildung gestellt hat. Wenn auch Herr Brüning Verhandlungen mit Hitler aufgenommen hat, so scheinen seine hinter ihm stehenden Kräfte — Reichskabinett und Zentrumspartei — **keineswegs schon begriffen zu haben, mit welchem Machtfaktor sie es in der NSDAP. zu tun haben.** Das wiederum läßt es unwahrscheinlich werden, daß man zur Annahme von Bedingungen, die wir stellen würden, bereit ist. **Einen völligen Umschwung der Reichs- und Preußenpolitik** des Zentrums würde aber eine der Voraussetzungen sein müssen und so ist es heute noch völlig ungewiß, ob überhaupt aus den Berliner Verhandlungen etwas Greifbares herauskommt, um so mehr als der Marxismus in seinem ersten Schrecken über das Erscheinen Hitlers in der Reichskanzlei sich in wildesten Drohungen ergeht und der Regierung ankündigt, daß die SPD. ihr jede Gefolgschaft aufkündigen würde, wenn man den Nazis auch nur irgendwie entgegenkomme.

Wir Nationalsozialisten haben einen klaren, legalen Weg vor uns, **der nur durch illegale Handlungen z. B. der Preußenregierung aufgehalten werden konnte.** Die andern, selbst Herr Brüning und Herr Groener müssen kommen und mit uns verhandeln. In **unserer** Bewegung liegt die Macht, die heute die Innenpolitik bestimmt und so werden auch **wir** entweder heute oder in vier oder sechs Wochen die Entscheidungen treffen, die uns unserem Endziel näher bringen oder es schon erreichen lassen. Es ist überflüssig, sich über Hitlers Berliner Reise vieler Kombinationen hinzugeben, denn es wird auch hier der schon oben aufgezeichnete Weg gegangen werden, bis eines Tages Hitlers Fahnen über allen Straßen wehen und der Tag für Arbeit und Brot angebrochen ist.

—art.

Eine parteiamtliche Mitteilung

Berlin, 7. Jan. Von seiten der NSDAP. wird parteiamtlich mitgeteilt: Adolf Hitler wurde am Dienstag, 5. Jan., telegraphisch zum Reichsinnenminister Groener zu einer Besprechung nach Berlin gebeten. Der Führer der NSDAP. hatte gestern, Mittwoch, den 6. Jan., abends mit dem Reichsinnenminister Groener und heute, den 7. Jan., nachmittags mit dem Reichskanzler Brüning und dem Reichsinnenminister Groener eine Besprechung, deren Gegenstand die Reichspräsidentenwahl war. Adolf Hitler hat sich eine Stellungnahme dem Reichskanzler gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Zur Unterredung Groeners mit Hitler

Zu der Unterredung Groeners mit Hitler wird noch bekannt:

Die Anregung zu dieser Unterredung ging von Groener als dem für Verfassungsfragen zuständigen Reichsinnenminister aus. Die heutige Besprechung, an der auch Reichskanzler Dr. Brüning teilnahm, fand im Reichsinnenministerium statt und dauerte von 16 bis 17,30 Uhr. Um 17,30 Uhr begab sich der Reichskanzler zurück in die Reichskanzlei zu der dort zu diesem Zeitpunkt angesetzten Konferenz mit den nach Berlin berufenen deutschen Botschaftern.

Die Unterredungen wurden, wie von beteiligter Seite versichert wird, in durchaus freundschaftlicher Form geführt. In Kreisen der Nationalsozialisten sah man in ihnen die Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorübergehen könne, zumal eine noch wichtige Frage, wie die in den Besprechungen angeschnittene, ohne die NSDAP. nicht zu entscheiden sei. In unterrichteten Kreisen unterstreicht man ferner den von dem Parteiführer der NSDAP. für seine Stellungnahme gemachten Vorbehalt einer vorherigen Fühlungnahme mit den übrigen Parteien der nationalen Opposition. Man glaubt auch in nationalsozialistischen Kreisen, daß die NSDAP. bezüglich der Wahlen nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich bestimmte Zusagen erwarte, die es ihnen ermöglichen würden, sich zur Entscheidung der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten aktiv einschalten zu lassen.

Heute neue Aussprache Groener-Hitler

Berlin, 7. Jan. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß Adolf Hitler voraussichtlich bereits am Freitag vormittag eine Unterredung mit dem Parteiführer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, haben, und daß noch am Freitag nachmittag eine neue Aussprache mit dem Reichsinnenminister Groener stattfinden werde. Man glaubt, daß die Entscheidungen bestimmt nicht lange hinausgezögert werden würden.

Im Zeichen der Notverordnung:

316 000 Arbeitslose mehr in 14 Tagen

Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Dezember 1931

Berlin, 8. Jan. Am Ende des Jahres 1931 bot der Arbeitsmarkt das Bild einer anhaltenden tiefen Depression. Innerhalb der allgemeinen Entwicklung steigt die jahreszeitliche Linie der Arbeitslosigkeit weiter an, deren Höhepunkt erfahrungsgemäß erst gegen Ende Februar zu erwarten ist. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Dezember rund 5 966 00, d. h. um rund 316 000 mehr als Mitte des Monats. Im Vorjahre wurde am Jahresschluß nach einer Zunahme im gleichen Zeitraum um rund 407 000 eine Arbeitslosenzahl von rund 4 384 000 erreicht. Neben den Saisonaußenberufen, in denen die Arbeitslosenzahl infolge der ungünstigen Witterung um 7,2 v. H. stieg, haben auch die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen eine, wenn auch schwächere Zunahme, nämlich um 5,1 v. H. zu verzeichnen. Der Druck, der von den internationalen Währungsschwierigkeiten und den Absperrungsmaßnahmen wichtiger Abnehmerländer ausgeht, hat sich weiter verschärft und hat die Auswirkungen der auch sonst nach dem Weihnachtsgeschäft üblichen Stille verstärkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. Dezember in der Arbeitslosenversicherung rund 1 642 000, in der Krisenfürsorge rund 1 506 000. Von der Gesamtzunahme um rund 214 000 entfielen rund 154 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 60 000 auf die Krisenfürsorge.

72 Prozent Nationalsozialisten

Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahl

26 Nationalsozialisten, 10 Berufsständische gewählt

Bei den am letzten Sonntag in einem Teile des Landwirtschaftskammerbezirks, nämlich in den Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim und Lüneburg — in letzterem mit Ausnahme des die politischen Kreise Lüneburg (Land- und Stadtkreis), Winsen, Harburg und Harburg-Wilhelmsburg (Stadtkreis) umfassenden Wahlbezirks — stattgefundenen Wahlen zur Landwirtschaftskammer können nach dem bis jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnis folgende Kandidaten als gewählt gelten. (Die mit einem Stern versehenen Kandidaten waren schon Mitglieder der Kammer.)

1. Wahlbezirk: Syke, Diepholz, Sulingen: 1. Spiering*, August, Landwirt, Diepholz, Kr. Diepholz (Berufständ. Liste); 2. Runge, Egon, Landwirt, Harmhausen, Kr. Sulingen (Liste der NSDAP.); 3. Leymann, Wilhelm, Landwirt, Lindern, Kr. Sulingen (NSDAP.); 4. Wittenberg, Friedrich, Landwirt, Gr. Köhren, Kr. Syke (NSDAP.).

2. Wahlbezirk: Hoya, Nienburg: 1. Bolte, Friedrich, Pächter, Schaapsen, Kr. Hoya (NSDAP.) 2. Holste, Heinrich, Hofbesitzer, Borstel, Kr. Nienburg (NSDAP.).

3. Wahlbezirk: Stolzenau, Neustadt: 1. Meyer*, Christoph, Landwirt, Uchte, Kr. Stolzenau (Berufst. Liste); 2. Peters, Heinrich, Landwirt, Vesbeck, Kr. Neustadt (NSDAP.).

4. Wahlbezirk: Hannover (Land- und Stadtkreis), Linden, Springe, Hameln, Pyrmont, Hameln-Stadtkreis: 1. von Reden*, Georg, Rittergutsbesitzer, Landschaftsrat, Reden, Kreis Hannover (Berufst. Liste); 2. Bötger, August, Hofbesitzer, Pattensen, Kr. Springe (NSDAP.); 3. Potesta, Friedrich-Wilhelm, Gast- und Landwirt, Emmern (NSDAP.).

5. Wahlbezirk: Peine, Hildesheim (Land- und Stadtkreis), Gronau: 1. Schröder*, Erwin, Hofbesitzer, Eixe, Kr. Peine (Berufst. Liste); 2. Rühmkorf*, Heinrich, Hofbesitzer, Wätzum, Kr. Hildesheim (Berufst. Liste); 3. v. Rheden, Hartwig, Rittergutsbesitzer, Rheden, Gr. Gronau (NSDAP.).

6. Wahlbezirk: Marienburg, Goslar (Land- und Stadtkreis), Alfeld: 1. Flögel*, Heinrich, Hofbesitzer, Dinklar, Kr. Marienburg (Berufst.); 2. Steckhan, Albert, Landwirt, Schladen, Kr. Goslar (NSDAP.); 3. Behrens, Gustav, Landwirt, Abstedt, Kr. Marienburg (NSDAP.).

7. Wahlbezirk: Ilfeld, Zellerfeld, Osterode: 1. Domke, Walter, Gutspächter, Gut Uehrde, Kr. Osterode (NSDAP.); 2. Fiedler Friedr., Landwirt, Osterode, Kr. Ilfeld (NSDAP.).

8. Wahlbezirk: Northeim, Duderstadt: 1. Hackethal*, Johannes, Gutsbesitzer, Duderstadt (NSDAP.); 2. Frhr. v. Strahlenheim, Hennig, Rittergutsbesitzer, Imbshausen, Kr. Northeim (NSDAP.).

9. Wahlbezirk: Einbeck, Uslar: 1. Brandt*, Friedrich, Carl, Hofbesitzer, Schlingen, Kr. Uslar (Berufst.); 2. Bohne, Karl, Rittergutspächter, Friedrichshausen, Kr. Einbeck (NSDAP.).

10. Wahlbezirk: Göttingen (Land- und Stadtkreis) Hann.-Münden: 1. Behrens, O., Landwirt, Ebergötzen, Kr. Göttingen (NSDAP.); 2. Huppers, Tilmann, Landwirt, Jühnde, Kr. Münden (NSDAP.).

11. Wahlkreis: Celle (Land- und Stadtkreis), Isenhagen, Uelzen: 1. von der Wense, Adolf, Rittergutsbesitzer, Holdenstedt, Kr. Uelzen (Berufst.); 2. Glonstein, Georg, Hofbesitzer, Holthusen 2, Kr. Uelzen (NSDAP.); 3. Gade, Robert, Hofbesitzer, Linden, Kr. Uelzen (NSDAP.).

12. Wahlbezirk: Gifhorn, Burgdorf: 1. Wöhler*, Heinrich, Hofbesitzer, Ahlten, Kr. Burgdorf (Berufst.); 2. Wathling, Gustav, Landwirt, Lagebüttel, Kr. Gifhorn (NSDAP); 3. Käseberg, Albert, Landwirt, Vollbüttel, Kr. Gifhorn (NSDAP.).

13. Wahlbezirk: Fallingbostel, Soltau: 1. Cohrs, Heinrich, Hofbesitzer, Töpingen, Kr. Soltau (NSDAP.); 2. Meyer, Fritz, Hofbesitzer, Fahrenholz, Kr. Fallingbostel (NSDAP.).

14. Wahlbezirk: Lüchow, Dannenberg, Bleckede: 1. Graf v. Bernstorff*, Dr. Georg, Ernst, Rittergutsbesitzer, Junkerwehningen, Kr. Bleckede (Berufst.); 2. Klipp, Hermann, Hofbesitzer, Güstritz, Kr. Lüchow (NSDAP.); 3. Schulze, Fritz, Hofbesitzer, Liepe, Kr. Dannenberg (NSDAP.).

Im ganzen mußten 36 Mitglieder gewählt werden. Hiervon erhielten die berufsständischen Listen zehn Sitze, das sind 28 v. H., und die Liste der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 26 Sitze, das sind 72 v. H.

3000 neue NSDAP.-Mitglieder

Oldenburg, 8. Jan. Die Gauorganisationsleiter der NSDAP. teilt mit: Das zu Beginn des „Weihnachtsfriedens" des Zentrumskanzlers Brüning von unserem Gauleiter gesteckte Ziel „3000 neue Mitglieder" ist überschritten. Im Kampfjahr 1931 haben sich Mitgliederbestand und Ortsgruppen verdoppelt.

---

16 000 Eintragungen für Volksbegehren erreicht
20 000 Stimmen sind notwendig

Oldenburg, 7. Jan. Der nationalsozialistische „Freiheitskämpfer" meldet, daß nach eingegangenen Berichten aus etwa 100 von ca. 230 Gemeinden, insgesamt 16 000 Eintragungen für das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtags vorliegen. Dazu bemerkt das Blatt noch: „Ohne Versammlungen und ohne jegliche Flugblattpropaganda, trotz Weihnachten und Neujahr, und trotz notverordneten Weihnachtsfriedens, hatten wir mit unserem Volksbegehren auf Auflösung des oldenburgischen Landtags schon ein ganz schönes Ergebnis zu verbuchen. Und der Ansturm soll noch erst beginnen. Von allen Aemtern fühlt immer noch das Ammerland. Wir wollen nicht nur die erforderlichen 20 000 Stimmen aufbringen, sondern ein Mehrfaches des Vorgeschriebenen."

Massenverhaftungen indischer Führer

Bombay, 7. Jan. Am Mittwoch früh setzte eine umfassende Polizeiaktion gegen die Bombayer Nationalistenführer ein. Bis um 9 Uhr morgens wurden 45 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich auch acht Frauen. Das Haus des Kongresses wurde von der Polizei besetzt und beschlagnahmt. Die Verhafteten befinden sich vorläufig noch alle in Polizeigewahrsam und werden in ein Gefängnis abtransportiert.

Nach dem außerordentlich scharfen Eingreifen der Polizei haben die Inder die Streikposten vor den englischen Geschäften zurückgezogen. Diese Posten sollten Eingeborene vor Käufen in den verhaßten englischen Läden abhalten. Man erwartet jedoch, daß die Streikposten gegen Abend wieder auftauchen werden.

In Benares kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und nationalistischen Demonstranten, von denen einer getötet wurde. In Cawnpur wurden 17 Kongreßführer festgenommen. In Srinagar wurden die Regierungsgebäude niedergebrannt. In der Nähe von Mohmand steckten Rothemden die Häuser von regierungstreuen Indern in Brand. In Bengalen wurden von der Regierung besondere Schutzmaßnahmen für englische Persönlichkeiten getroffen, da diese von Kongreßanhängern mit Ermordung bedroht worden sind.

Notgemeinschaft verhindert Zwangsversteigerung

Elsfleth, 8. Jan. Das mit der schwarzen Fahne der Bauernnot geschmückte Anwesen des Landwirts M. in Oldenbrok sollte zwangsversteigert werden, wozu sich rund 700 Mann eingefunden hatten. Unter dem Druck der von der Notgemeinschaft ausgegebenen Parole, kein Gebot abzugeben, wurde die Zwangsversteigerung aufgehoben, die Gläubiger bewilligten ein Moratorium.

Lärm in der Hamburger Bürgerschaft

Hamburg, 7. Jan. In der Hamburger Bürgerschaft kam es am Mittwoch erneut zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Notverordnung. Die Nationalsozialisten hatten eine Interpellation an den Präsidenten der Bürgerschaft eingebracht, in der sie von ihm die Wahrung der Rechte der Bürgerschaft gegenüber dem Senat verlangten. Der Senat hatte die von der Bürgerschaft gewünschten Schritte bei der Reichsregierung auf Aufhebung der Notverordnung bekanntlich abgelehnt. Senatspräsident Dr. Petersen begründete die Stellungnahme des Senats damit, daß dieser nicht gewillt sei, um politischer Demonstrationen willen Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, da er sich im übrigen von der Aufhebung der Notverordnung keine Besserung der Lage des deutschen Volkes verspreche. Die Ausführungen des Senatspräsidenten Dr. Petersen wurden von den Kommunisten mit großen Lärmszenen begleitet, die sich erst legten, nachdem ein Mitglied der kommunistischen Fraktion von der Sitzung ausgeschlossen war.

Immer noch Hochwasser

Hochwasser im Ostegebiet

Sturmschäden an der Küste. Der Weststurm der vergangenen Nacht, der in Stärke 11 über das Küstengebiet hinwegging, hat namentlich in Bremerhaven Schäden verursacht. Die Schiffahrt hat eine böse Nacht hinter sich.

Auf der Bremerhavener Reede verlor der Lloyddampfer „Mosel" Anker und Kette. Die dort unter Kontrolle liegende holländische Schmugglerjacht „Parsival" wurde von den Trossen losgerissen und abgetrieben, so daß die Feuerwehr aufgeboten werden mußte, um die Jacht wieder einzubringen. — Nach einer Meldung aus Bremervörde ist die Oste an verschiedenen Stellen über die Deiche getreten und hat die Ländereien kilometerweit unter Wasser gesetzt. Da Deichbruchgefahr besteht, ist die Bevölkerung in Alarmbereitschaft.

Hochwassernöte in Oldenburg

Oldenburg, 8. Jan. Die neuerlichen Niederschläge haben das am gestrigen Tage bereits wieder gesunkene Hochwasser erneut so anschwellen lassen, daß Flüsse und Bäche weit über die Ufer getreten sind. In der Schillerstraße stehen mehrere Häuser gänzlich vom Wasser eingeschlossen, sie sind nur mit Booten zu erreichen und werden auch durch solche verproviantiert. Unter Wassernot haben auch die Anwohner der Bodenburgallee, der Gartentorstraße und der Lessingstraße zu leiden. Vielfach ist das Wasser bereits in die Wohnräume eingedrungen.

Deichbruch und Einsturz eines Pumpwerkes

Emden, 8. Jan. Die Regengüsse der letzten Tage haben die Weiden und Wiesen in Oldenburg und Ostfriesland weithin überflutet, ohne daß der Westwind eine normale Entwässerung durch die Entwässerungskanäle zuläßt. Am Donnerstag brach der Deich in der Nähe des Pumpwerkes bei dem an der Bahnstrecke Oldenburg—Leer gelegenen Dorf Holtgast. Das Wasser überflutete sofort Wiesen und Gärten und schloß eine ganze Anzahl von Häusern ein. Der Dammbruch erweiterte sich trotz sofortiger Maßnahmen bis gegen 14 Uhr auf 20 Meter. Durch die umspülenden Wassermengen wurde das Pumpwerk Holtgast unterspült und gegen 15 Uhr stürzte das acht Meter hohe Gebäude, das auch den Transformator enthält, mit einem großen Krach um und fiel ins Wasser. Das Pumpwerk hatte die Entwässerung mehrerer Gemeinden des ehemaligen Moorgebietes zu versehen, die nun den Wassermengen preisgegeben sind.

Schanhaikwan besetzt

Schanghai, 7. Jan. Am Donnerstag vormittag besetzten japanische Truppen die Stadt Schanhaikwan. Damit haben die japanischen Truppen die chinesische Mauer erreicht.

Zirkus

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

„An alle Funkstationen.

Generalstaatskommissar von Kahr, General von Lossow, Oberst Seißer lehnen Hitlerputsch ab. Mit Waffengewalt erpreßte Stellungnahme in der Bürgerbräu-Versammlung ungültig. Vorsicht gegen Mißbrauch obiger Namen.

von Kahr. von Lossow. Seißer."

Im Kasernenhof das Rauschen eines Automobils. Uniformen werden sichtbar. Sporen klirren auf den Stiegen. Die Zimmertür wird aufgerissen.

„Nun?" fragt Kahr.

„Seine Königl. Hoheit Kronprinz Rupprecht billigt unseren Standpunkt."

Ein Herr steht da abseits. Ein Fremder. In solchen Nächten muß man wissen, mit wem man beisammen ist.

„Der Vertreter Ehrhardts," erklärte General von Lossow.

— — — — — — — — —

„Die Rotationsmaschinen anhalten!"

Die Arbeiter, die in blauen Blusen die Riesen in der Druckerei Knorr u. Hirth umstehen, hören nichts: Der ganze Maschinenraum ist erfüllt von dem Tosen der Ungeheuer, die auf zwei Bändern, in ganzen Paketen, nach Druckerschwärze stinkende Zeitungen herausschütteln.

Der Redakteur schiebt die Expeditionsleute, die von dem rasenden Bande die Zeitungsstöße nehmen, beiseite, faßt den Maschinenmeister am Arm, schreit ihm ins Ohr. Endlich versteht der. Stößt einen Hebel auf dem elektrischen Schaltbrett hoch, das Tosen der Riesen erlahmt, wird zum müden Schwirren, dann verebbt der Lärm. Totenstille rinnt in den Raum wie Wasser in ein leckes Schiff.

„Wir müssen die erste Seite mutieren," schreit der Redakteur.

Neugiere leuchtet ihm aus jedem Arbeitergesicht entgegen.

„Ich lasse es sogleich setzen . . ."

Der Setzer liest, indem seine Hände ganz leise, wie streichelnd über die Tastatur seiner Maschine gleiten:

„Treu- und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine Szene widerwärtiger Vergewaltigung gemacht. Die mir, General von Lossow und Obersten Seißer mit vorgehaltenem Revolver abgepreßten Erklärungen sind null und nichtig. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei sowie die Kampfverbände „Oberland" und „Reichsflagge" sind aufgelöst.

München, 9. November 3 Uhr morgens.

von Kahr, Generalstaatskommissar."

— — — — — — — — —

Die Ereignisse jagten einander in dieser Nacht.

Jetzt mußte Hitlers Gegenzug kommen. Aber es erfolgte nichts. Merkwürdig genug.

Denn Hitler war von den Absichten Kahrs unterrichtet. Wußte, daß dieser umgeschwenkt war, sobald er sich auf die Insel der 19er-Kaserne gerettet hatte. Wußte von den Verhandlungen mit dem Kronprinzen Rupprecht und mit dem Ehrhardtbevollmächtigten!

Er verließ sich auf die Stimmung der Münchener, die ihm vor wenigen Stunden noch zugejubelt hatten. Verließ sich auf die Offiziere. Morgen würde ganz München auf der Straße sein und entscheiden.

Die Münchener waren auf der Straße. Aber sie entschieden nichts.

Zwischen Mitternacht und ein Uhr — andere sagen, es sei gegen fünf Uhr gewesen — unterrichtete der Oberst Leupold von der Infanterieschule Hitler über die Pläne Kahrs und Lossows, über die Radiodepesche und die Einschaltung in die Münchener Blätter.

Der Oberst drang in Hitler, warnte ihn, wies ihm genau nach, was kommen würde, wenn er sich nicht rechtzeitig sicherte . . . Hitler schüttelte den Kopf.

„München ist morgen auf der Straße."

— — — — — — — — —

Die Münchener träumten, träumten von der neuen nationalen Republik und davon, daß jetzt Ebert beseitigt sei . . .

Eilten ein wenig mit dem Aufstehen, griffen zuerst nach den „Münchener Neuesten" und dann nach der Kaffeetasse.

Rieben sich die Augen. Hatten wohl noch nicht ausgeschlafen und träumten noch weiter. Denn etwas anderes als ein Traum, ein schlechter, konnte das doch wohl nicht sein? Da überschrien einander die Ueberschriften.

„Kahr gegen Hitler . . . die Nationalsozialisten aufgelöst . . . Reichswehr auf dem Marsche nach München . . ."

Und dann der Aufruf: „Treu- und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen . . ."

Wie? Man hatte doch mit eigenen Augen, zum Teufel noch einmal, gesehen, wie Kahr Hitler die Hand gereicht hatte? Er hatte doch gesagt: „In des Vaterlandes höchster Not . ."

War das eine sonderbare Welt. —

Militärschritt hallte zum Fenster empor; Reichswehr, feldmarschmäßig mit Helm und Tornister und Gewehr und Handgranaten. Eine Kompagnie . . . noch eine.

Verständnislos standen die Menschen auf dem Bürgersteige. Wußten nicht, was sie von dem allen halten sollten.

Zumal man eben vom Kriegsministerium gekommen war: Dort standen die Leute von den Wehrverbänden hinter Stacheldraht.

— — — — — — — — —

(Fortsetzung folgt.)

16. Kapitel

Tote vor der Feldherrnhalle
„Ergebt Euch!" — Landespolizei feuert — Ludendorff marschiert den Läufen entgegen
Hitlers Flucht und Verhaftung

Die Stadt schwirrte von Gerüchten, jede Minute veränderte das Bild.

„Der Erste Bürgermeister ist verhaftet."

„Ah, fein, der Schmidt, der Sozi?"

„Ja . . . und die Stadträte auch."

„Von der Polizei?"

„Nein, von den Nationalsozialisten . . ."

Dann hieß es wieder, daß Pöhner festgenommen sei, und Polizeirat Frick. Aber von der Polizei.

Und Graf Soden und die andern, die man in einer Villa draußen eingesperrt hatte, waren wieder freigelassen worden; Knilling und Schweyer und Gürtner und Wutzelhofer . . .

Man kannte sich nicht aus.

Neue Reichswehrkompagnien marschierten vorbei. Das Volk winkte den Soldaten und warf ihnen Rufe zu und freute sich.

Und durch eine andere Gasse, keine hundert Schritte entfernt, marschierten die „Oberländer", und das Volk jubelte auch ihnen zu: Sie gehörten doch zusammen!

(Fortsetzung folgt.)

Verfehlte Siedlungsexperimente

Die Staatsdomäne Grusen bei Flatow wurde vor einiger Zeit zu Erwerbslosensiedlung zur Verfügung gestellt. **40 Berliner werktätige und akademische Erwerbslose sollten auf je 52 Siedlerstellen zu je 30 Morgen, 4 Vollbauernstellen zu 60 Morgen und 4 Handwerkerstellen aufgeteilt werden.** Die bisher Tätigen beziehen von der Stadt Berlin 1 Jahr Erwerbslosenunterstützung und erhalten erst nach einjähriger Probezeit, während der die Arbeit unter gemeinsamer Leitung erfolgt, eine Siedlerstelle. Was sind diese Versuche anderes als kümmerliches Stückwerk? Was nützen alle Neusiedlungen, was nützt alle Abwehr gegen das Polentum, was nützt geringfügige Vermehrung des deutschen Elements, wenn auf der anderen Seite stillschweigend geduldet wird, daß die Polen sich deutsches Land zu eigen machen?

Im Zeichen der Notverordnung

Dortmunds Finanznot

Dortmund, 6. Jan. Am Mittwoch mittag begibt sich Bürgermeister Hirsch mit dem Finanzdezernenten Stadtrat Dr. Kaiser und dem Stadtverordnetenvorsteher Henßler nach Berlin, um mit den zuständigen Stellen über Maßnahmen zur Behebung der Finanznot der Stadt Dortmund zu beraten. Vor allem soll versucht werden, die drohende Gefahr weiterer Zechenstillegungen, die der Stadt neue Lasten auferlegen würden, abzuwenden.

Den städtischen Beamten konnte am 2. Januar erst ein Sechstel des fälligen Monatsgehalts ausgezahlt werden. Wann das zweite Sechstel zur Auszahlung gelangt, ist noch ungewiß. Die bedrängte Finanzlage der Stadt ist vor allem auf die starke Steigerung der Wohlfahrtsunterstützten zurückzuführen. In den letzten Tagen sind der Stadt von der Regierung insgesamt 500 000 Mark überwiesen worden, die aber noch nicht einmal zur Deckung der allernotwendigsten Ausgaben ausreichen. Der Gesamtbedarf für den Monat Januar beträgt rund sechs Millionen Mark gegenüber einem voraussichtlichen Eingang von 2,6 Millionen Mark. Wegen der Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen bestehen jedoch keine ernstlichen Befürchtungen.

Der Stand der Berliner Stillhalteverhandlungen

Berlin, 6. Jan. Ueber die Stillhalteverhandlungen wird in Berlin nach wie vor strengstes Stillschweigen bewahrt. Immerhin kann soviel gesagt werden, daß zur Zeit ein greifbarer Vorschlag, das Stillhalteabkommen nur auf ein Jahr zu verlängern, im Vordergrund steht. Daneben werden aber auch noch andere Pläne erörtert. Immerhin werden auch zur Zeit **die Bedingungen**, unter denen eine Verlängerung auf ein Jahr vor sich gehen soll, behandelt, wobei im Vordergrund die Frage steht, ob und wie weit in diesem Rahmen Rückzahlungen möglich sind und ob eine Ermäßigung der Zinssätze bewilligt werden kann.

Die verhafteten Nationalsozialisten wieder auf freiem Fuß

Hamburg, 6. Jan. Die Dienstag früh wegen Verteilung einer Beilage des „Hamburger Tageblattes" verhafteten Nationalsozialisten sind am Spätnachmittag des Dienstag wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Entgegen der früheren Absicht wird man den Fall nicht vor dem Schnellgericht erledigen, da sich ernstliche Zweifel ergeben haben, ob es sich bei der verteilten Beilage überhaupt um ein Flugblatt handelte. Nur unter dieser Voraussetzung war die Festnahme gerechtfertigt. Bekanntlich vertreten unsere Nationalsozialisten den Standpunkt, daß die Beilage ihrer Zeitung nicht den Charakter eines Flugblattes gehabt habe und deshalb nicht angemeldet zu werden brauchte. Auch das Verfahren gegen die am Montag verhafteten 20 Nationalsozialisten wird im ordentlichen Gerichtsverfahren erledigt werden, wenn die Frage, ob es sich um ein Flugblatt handelte oder nicht, geklärt ist.

Der Totalausverkauf

Ein zeitgemäßes Geschichtchen von Rübezahl

Am Abend des 5. Januar besah sich Schmulchen, dem trotz der verzweifelten Versuche der Duft des Ostens treu geblieben war, die Auslagen seines Ramschladens in der Berlinerstraße eines Vorortes der Reichshauptstadt.

„Nun, siehste, Rebecka", wandte er sich an die eben hinter ihm auftauchende Schöne, „nu wär's mal wieder geschafft." Sehn sollste, wie se morgen wieder laufen werden und kaufen vom David Feilchenduft die scheensten Sachen zum Totalausverkauf! Nu wie heißt! Sind's nich auch Preise, Preise sag ich, die machen würden gelb vor Neid den Brüning, den Goerdeler und seine Mischpoke vom Preisabbau. 45 Pfennig, 95 Pfennig, 1,50 Mark das Neieste! Und dabei de schönen, guten Sachen, wo mitgebracht hat der Vater schon aus unserer Heimat. Aber laß man, wer werd'n se werde alle los zum Totalausverkauf und bringen schöne, neie Ware ins neie Geschäft, wenn der gute Levy wird rausgeschmissen haben den Schmidt da drüben, den Goy, den dummen Deutschen, der zu ehrlich zum besch . . .!"

Anerkennend beäugte Rebecka ihr tüchtiges Gesponst? „Is 'leicht e Wunder, wo wer gemacht haben die grauße Reklame? „Totalausverkauf", das leuchtet die ganze Straße rauf und wird anziehen die dummen Käufer, wo glauben den Schwindel!"

Und richtig, über die ganze Breite des schmierigen Auslagenfensters prangte in großen Lettern ein Plakat „Totalausverkauf wegen völliger Aufgabe des Geschäftes". In der Auslage aber konnte man marktschreierisch aufgemacht wahllos durcheinander alle möglichen Dinge sehen. Vom Seiflappen bis zur Zahnbürste, Briefpapier, Postkarten mit liebesschwangeren Versen und Schuhwichse, sah man alle Gebrauchsgegenstände. Verdreckt, schmierig, teilweise vergilbt hatte David Feilchenduft alles augenfällig aufgemacht, daß man vor allem die Preisschilder sehen mußte, aus denen zu ersehen war, daß der Jude nur durch die völlige Aufgabe seines Geschäftes gezwungen sei, die Ware loszuschlagen. Dem war aber nicht so. Im Gegenteil, der Feilchenduft wollte sich nur die Gelegenheit der allgemeinen Volksverdummung durch die Massen-Inventurausverkäufe, mit denen seine Mischpoke vom Warenhaus so gute Geschäfte macht, zu Nutze machen — auf feine Art. Tatsächlich würde er nach dem Ausverkauf — zum 15. Januar — das gegenüberliegende Geschäft des Schmidt beziehen, den dessen Hauswirt Levy zu diesem Zeitpunkt herausetzen würde. Die untragbaren Steuern, die unlautere Konkurrenz des Feilchenduft, dessen dunkle Preisgeschäfte, auf welche die Kundschaft hereinfiel, hatte dem ehrlichen Deutschen die Existenz vernichtet. David Feilchenduft hatte es geschafft, der erste große Rebbach nach seiner Galizier Zeit, er konnte den Kramladen verlassen und das schöne Geschäft des „dummen", weil ehrlichen Deutschen ergaunern. Nun wollte er aber noch schnell den alten Dreck loswerden, deshalb dieser „Totalausverkauf", der in Wirklichkeit doch keiner war.

Und die Berechnungen Feilchendufts auf die Dummheit der Käufer trafen tatsächlich zu. Am nächsten Tage schon sammelten sich die Frauen vor dem jüdischen Kramladen und erörterten den „Gewinn" des Einkaufs bei diesem „Totalausverkauf". Und David und Rebecka hatten die Hände voll zu tun, den Ramsch loszuwerden.

Sorgenvoll besah sich der gegenüberliegende deutsche Geschäftsinhaber Schmidt diesen Verkauf. Auch er hatte einen Ausverkauf angesetzt. Allerdings fehlte bei ihm die marktschreierische Reklame und er hatte getreu dem Althergebrachten nur ein kleines Schild befestigt. Auch fehlten in seiner Auslage die Schleuderwaren; solide, gute Sachen zu angemessenen Preisen nur konnte er ausstellen. Denn verschenken kann niemand etwas und Schund anzubieten verbot ihm sein anständiger Geschäftssinn. Zwanzig Jahre führte er schon das vom Vater übernommene Geschäft und immer reichte der Ertrag zum Unterhalt der fünfköpfigen Familie. Bis vor anderthalb Jahren der Jude den gegenüberliegenden Keller zu einem Ramschladen ausbaute.

Und nun noch dieser „Totalausverkauf" des Feilchenduft. Eine glatte Irreführung der Käufer, denn wo blieb denn der „Total"-Ausverkauf? Tat doch der Feilchenduft nichts anderes, als das Losschlagen des unbrauchbaren Kitsches, während er die neuen Sachen hübsch zurückbehielt. Der einzige Schutz gegen diesen Schwindel war die Verfügung des Gerichts, die dem Juden nach acht (!) Tagen aufgab, das Wort „Total" aus dem Ladenplakat auszustreichen, da dies einen unlauteren Wettbewerb darstelle.

Als Schmidt aber endlich — nach einer Woche — diesen Gerichtsbeschluß erwirkt hatte, war es zu spät, der Jude hatte seinen Kram schon an den Mann gebracht. Hohnlachend überpinselte er das Plakat „—Ausverkauf wegen völliger Aufgabe des Geschäftes" prangte nun an Davids Keller. Niemand beachtete die Aenderung und nach weiteren acht Tagen hatte Feilchenduft total „ausverkauft" und bezog das bis dahin anständige Geschäft des „dummen Goys", der seine Anständigkeit mit dem Elend des Existenzverlustes bezahlen mußte.

„Verkauf zu Einführungspreisen" ist das neue Plakat, mit dem der Jude weiter mauschelt. Der erste Schritt David Feilchendufts auf dem Wege zum Warenhausbesitzer ist geschafft. Schon kann Rebecka auf den „breiten Lorbeeren" ausruhen; ein kleines Lehrmädel besorgt die Arbeit der beiden Hebräer für einen Hungerlohn.

Ein wahres Geschichtchen vom „Totalausverkauf!"

Schuld an diesem Skandal aber ist die Dummheit der deutschen Käuferschichten, der Frauen vor allem, die sich von dem jüdischen Schmok beschwatzen und betrügen lassen. Die Opfer sind die anständigen deutschen Geschäftsleute und nicht zuletzt der hereingefallene Käufer selbst!

Um die Versammlungsverbote für Borkum

Nationalsozialistische Kleine Anfrage

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hinkler-Halle hat, wie uns aus Berlin gemeldet wird, im Preußischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Mit der unter dem 7. November 1931 erteilten Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 15. August 1931 halte ich mich nicht für abgefunden. Es steht fest, daß von den Veranstaltern gegen das ungerechtfertigte Verbot bei den zuständigen Stellen sofort Beschwerde erhoben wurde, ohne daß die beanstandeten Mängel beseitigt worden wären. In der Zwischenzeit sind durch die gleiche Dienststelle weitere Beschränkungen der erlaubten politischen Propaganda erfolgt, ohne daß Beschwerden eine Abstellung durch die nächst höhere Dienststelle erreichten. Um einer fortgesetzten unterschiedlichen Behandlung der Staatsbürger durch nachgeordnete Stellen entgegenzutreten, hat sich der Appell an die Zentralinstanz als notwendig erwiesen.

Ich frage daher das Staatsministerium nochmals: Ist es bereit,

1. Gegen die **Einschränkung der Rechte der Bevölkerung in Borkum** durch den Regierungsassessor Dr. Ehrlicher einzuschreiten und

2. den Landrat Bubert-Emden anzuweisen, die Betätigung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in seinem Amtsbereich nicht durch Sondermaßnahmen ungerechtfertigt einzuschränken.

Japanische Vormarsch auf Peking?

Moskau, 6. Jan. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben japanische Truppen von Kintschou aus den Vormarsch auf Peking angetreten. Die japanische Garnison in Tientsin, die 2400 Mann zählt, ist durch zahlreiche Flugzeuge und Artillerie verstärkt worden. Man nimmt in Moskau an, daß die Japaner Peking besetzen wollen.

Aber Japan „entschuldigt" sich

Washington, 6. Jan. Staatssekretär Stimson erklärte in einer Pressebesprechung, er betrachte die Erklärung des japanischen Botschafters zum Mukdener Zwischenfall als **formelle Entschuldigung.** Stimson benutzte dabei die Redewendung, daß sie **verschieden ausgelegt** werden könne. Er verweigerte jede Aussage bezüglich weiterer amerikanischer Schritte in dieser Angelegenheit.

Am Vormittag hatte der japanische Botschafter eine Besprechung mit Unterstaatssekretär Castl. Ueber den Grund des Besuches wurde keine Mitteilung gemacht. Am Nachmittag hatte dann Staatssekretär Stimson mit dem britischen und dem japanischen Botschafter eine Unterredung über die durch das japanische Vordringen bis zur chinesischen Mauer geschaffene Lage, die hier als sehr kritisch angesehen wird. Im Zusammenhang mit den Berichten über den Vormarsch der Japaner wurde dem Staatsdepartement von amtlicher japanischer Seite versichert, daß Japan in das „eigentliche" China nicht eindringen werde.

Sinkende Notendeckung

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember 1931 hat sich die Kapitalanlage etwas erhöht. Auch die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 1,6 Mill. auf 1156,3 Mill. RM. erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt dagegen **nur noch 24,2 Prozent** gegen 25,6 Prozent in der Vorwoche und zeigt weiter eine sinkende Tendenz.

Bestellt die BNZ!

Vom Büchertisch

Deutsches Arbeitsdienstjahr

Die schwerste Last, die uns die verfehlte Politik des letzten Jahrzehnts auferlegt hat, ist die zunehmende Arbeitslosigkeit. Wenn wir ihr nicht bald Einhalt gebieten, so vernichtet sie binnen kurzem die letzten Reste unseres Vaterlandes, sondern auch jedes einzelnen Volksgenossen; sie untergräbt mit dem Arbeitswillen die sittlichen Werte überhaupt und treibt uns damit dem Abgrunde zu, aus dem es keinen Aufstieg mehr gibt. Da die Machthaber des heutigen Systems keine Mittel und Wege gefunden haben, dem wachsenden Unheil zu steuern so, wird es eine dringendste Aufgabe des mit Riesenschritten nahenden Dritten Reiches sein, gerade hier Wandel zu schaffen, damit Arbeitsfreudigkeit und Zufriedenheit sowie gesundes Vorwärtsstreben nach Idealen, die dem Fleiß erreichbar sind, wieder in deutschen Hause einkehren können.

Bei der Schwierigkeit, die erwachsene Jugend eines ganzen Volkes zum Arbeitsdienst zu organisieren, ist es von Wert, daß wir aus der Feder eines gründlichen Sachkenners ein Werk besitzen, das die Grundzüge des Arbeitsdienstjahres bis ins einzelne darlegt und seine Durchführbarkeit zum Segen unseres Volkes nachweist: Karl Schöpke, Deutsches Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenwirrwarr. (F. F. Lehmanns Verlag, München 1930, geh. 4,20 RM.) Der Verfasser rechnet für das Jahr 1932 mit 1 200 000 Achtzehnjährigen, deren Zahl noch durch Freiwillige älterer Jahrgänge ergänzt werden könnte und bei der abnehmenden Zahl der im Kriege Geborenen, die bis auf 600 000 heruntergeht, auch ergänzt werden müßte. Ueber ihre Zusammenfassung zu Hundertschaften unter sachkundiger Leitung, entwirft er ein fesselndes Bild. Groß sind die Aufgaben, die dieser Scharen harren. Da wäre an erster Stelle zu nennen: Errichtung und Ausgestaltung ländlicher und gartenstädtischer Siedelungen, ferner Entwässerung sumpfiger Niederungen, Kultivierung von Mooren und Heiden, sodann Aufforstung geringwertiger Böden, Gewinnung von Neuland an den Küsten durch Eindeichung, weiterhin Kanalbauten, Flußregulierungen, Schädlingsbekämpfung und anderes mehr. Alles produktive Arbeit, die der heimischen Volkswirtschaft in kürzester Zeit greifbare Werte liefern und in ganz anderer Weise zur Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens führen würde, als es bisher die stets mißlungenen „Ankurbelungen" getan haben. Sechs Millionen Morgen Heide und neun Millionen Morgen Moor harren der Erschließung. Ihre Bebauung würde uns von fremder Getreideinfuhr unabhängig machen. Daneben könnte industrielle Ausnutzung der Moore, wie etwa des Zehlau-Bruches in Ostpreußen, den gesamten Bedarf der Provinz an elektrischer Kraft und Brennstoff für 45 Jahre sicherstellen. Das nur einige Beispiele für die in unserem Heimatboden schlummernden Kräfte und Möglichkeiten. Jedem, der sich über die nächste Zukunft unseres Volkes ernste Gedanken macht, sei das prächtige, von warmer Vaterlandsliebe durchglühte Buch empfohlen.

E. M.

Lagarde und der deutsche Staat

Zu den edelsten Vorkämpfern einer deutschen Zukunft, wie wir Nationalsozialisten sie im Dritten Reich ersehnen, gehört Paul de Lagarde (1827—1891), der, wie ein Fichte oder Treitschke von glühender Vaterlandsliebe erfüllt, die Zustände seiner Zeit einer scharfen Kritik unterzog und die kommende unheilvolle Entwicklung samt dem Weltkriege, voraussah, als nur wenige der Mitlebenden sie ahnten. Er war ein grundsätzlicher Gegner der Parteimißwirtschaft des Parlamentarismus — „das ganze System ist eine große Unwahrheit" — und forderte eine ständische Vertretung des Volkes. Dem allein seligmachenden Ideal seiner Zeit, der Demokratie, die er als eine der Hauptursachen des Verfalls ansah, stellte er den germanischen Gedanken des Führertums entgegen, der den Staat von unten bis oben durchziehen und mit einer monarchischen Spitze enden sollte. Nicht von außen her könne dem Volk diese Einheitlichkeit und Einheit kommen: „Deutschland kann nur einig werden durch gemeinsame Arbeit, vorausgesetzt, daß diese Arbeit die ganze Nation in Anspruch nimmt; denn nur diese Arbeit wird alle Kräfte wecken, und alle nicht zum Wesen der Deutschen gehörigen, werden durch ein beispielloses Mißgeschick ihnen aufgebürdete Stoffe abstoßen." Richtunggebend ist dabei immer das große Ideal, das über allen Forderungen des Alltags nicht aus den Augen verloren werden darf. Innenpolitisch sah Lagarde die beste Gewähr für eine glückliche Entwicklung unseres Vaterlandes in der Erhaltung einer breiten, gesunden bäuerlichen Schicht, die durch Siedelung noch mehr Boden gewinnen sollte, denn er ging von der Anschauung aus: „Es liegt jedem wirklichen Germanen der Wunsch im Herzen, Grundeigentum zu besitzen." Außenpolitisch erkannte er in einer zielbewußten Ostpolitik, die uns Raum schafft, die einzige Möglichkeit einer deutschen Zukunft. Selbstverständlich war er Großdeutscher; denn „Deutschland ist die Gesamtheit aller deutsch empfindenden, deutsch denkenden, deutsch wollenden Deutschen." — Es überrascht hier, immer wieder Forderungen zu erkennen, die die NSDAP. auf ihr Banner geschrieben hat, und die erst jetzt der Verwirklichung entgegen reifen, während man ihnen früher wenig Verständnis entgegen brachte. Wer diese Wurzel unserer Weltanschauung näher kennenlernen will, dem sei das treffliche Buch von Fritz Krog, Lagarde und der deutsche Staat (München, J. F. Lehmann 1930, geb. 6.— RM.) empfohlen, das in knapper Form die Lehren dieses deutschen Denkers darlegt und zu tieferem Eindringen in seine Gedankenwelt anleitet.

E. M.

Aus Bremen

Dachstuhlbrand im Bremer Amerika-Haus

Bremen, 8. Jan. Am Donnerstagabend, gegen 19.45 Uhr, brach im Amerika-Haus in der Bahnhofstraße 6, ein Feuer aus, das nach Ansicht der Hausbewohner durch einen verrußten Schornstein entstanden sein soll. Dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr, die mit mehreren Zügen angerückt war und mit Motorspritzen arbeitete, ist es zu danken, daß das Feuer in kurzer Zeit auf seinen Brandherd beschränkt werden konnte. Das Dach des der Lindenstraße zugewandten Gebäudeteiles wurde durch die Flammen vernichtet. Da die Decke an einigen Stellen einstürzte, wurden auch die unter dem Hausboden liegenden Wohnräume in Mitleidenschaft gezogen. Nach einer halbstündigen Arbeit war das Feuer lokalisiert und konnte dann abgelöscht werden.

Polizeibericht vom 7. Januar 1932

Wegen dringenden Verdachts des Münzverbrechens wurde ein 43jähriger — in Hamburg wohnhafter — Elektriker hier festgenommen. — Der dritte Täter bei dem Einbruch in eine Villa an der Schwachhauser-Heerstraße, ein 24jähriger Trimmer, wurde hier ermittelt und festgenommen. — Der Münzgasmesserreinbrecher treibt noch immer in allen Stadtteilen sein Unwesen. Das Publikum wird nochmals um Mitfahndung gebeten und ersucht, auf Personen zu achten, die 10-Pfg.-Stücke in größerer Zahl bei sich führen oder verausgaben. — In Ansten sind mehreren Einwohnern in den letzten Nächten Kaninchen von den Höfen gestohlen. Der Täter hat bei der Tatausführung vermutlich Holzschuhe getragen.

Kleine Chronik

Das ist der Dank!

Berlin, 7. Jan. Die im Ullstein-Verlag herausgegebene „B-Z am Mittag" konnte am Donnerstag infolge eines wilden Teilstreiks der Hilfsarbeiter nicht erscheinen.

Selbstmord eines polnischen Abgeordneten

Warschau, 6. Jan. Im Abgeordnetenhaus hat am Dienstag der Abgeordnete Warynski aus unbekannten Gründen Selbstmord durch Erhängen verübt. Warynski gehörte der rechtsradikalen Gruppe des Regierungsblockes an.

Kommunistische Kundgebung 32 Verletzte

Tokio, 6. Jan. In Osaka ist es zu scharfen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei gekommen. Die Arbeiter veranstalteten eine Kundgebung und führten im Zuge Aufschriften mit kommunistischen Schlagworten mit sich. Die Polizei beschlagnahmte die Aufschriften, wobei es zu Schlägereien kam. 32 Arbeiter wurden verletzt. Die Polizei zerstreute die Kundgebung.

Unruhen am Niederrhein

Schüsse auf die Polizei

Moers, 6. Jan. Am Mittwoch nachmittag kam es in Homberg (Niederrhein) wiederum zu Ansammlungen von Erwerbslosen. Auf der Rheinhausenerstraße wurden mit Hilfe von gefällten Kastanienbäumen Barrikaden errichtet, von denen aus die Polizei beschossen wurde. Auf der Moerserstraße wurde durch die Explosion einer mit Petroleum gefüllten und mit Zünder versehenen Flasche ein Schaufenster zertrümmert. Anscheinend galt der Wurf der Flaschenbombe dem die Straße passierenden Ueberfallkommando. Personen wurden nicht verletzt. Auch in Rheinhausen fanden größere Ansammlungen statt, wobei die Polizei mit Steinen beworfen wurde. Sie konnte bald die Straße räumen. Drei Personen wurden wegen Belästigung von Arbeitswilligen verhaftet.

Amtl. Wetterbericht

Zwar steigt durch den Abzug des Hauptiefdrucks nach Rußland der Luftdruck über Westeuropa an, aber trotzdem gewinnt die Polarluft nicht an Raum. Die stärkere Ausbildung einer Rückseitenströmung wird auch immer wieder durch kleine Randstörungen gehindert, die sich durch Sammelwirkung fernerer atlantischer böiger Polarluft bilden. Bei zeitweiser Aufheiterung bleibt die Witterung bei uns unbeständig und die Temperaturen sinken langsam weiter ab.

Voraussage für den 9. Januar: Mäßige und westschwankende Winde, wolkig, teilweise aufheiternd. Einzelne Niederschläge möglich, kühler, **Nachtfrostgefahr.**

Aussichten für den 10. Januar: Westliche bis nordwestliche Winde, wolkig, Schauer, kalt.

BREMEN im Zeichen der NSBO

Familien-Anzeigen

Verlobte:
Magdalene Bischoff mit **Emil Kohlroß.**

Vermählte:
Wilhelm Gebauer und **Frau Heddy,** geb. **Moll.**

Verstorbene:
Paul Rustenbach, 65 Jahre.
Heinrich Müller, Lehrer a. D., 63 Jahre.
Rudolf von **Cassel,** 44 Jahre.
Gustav Peter, 72 Jahre.
Theodora Laufea Ihden, geb. **Uben,** 73 Jahre.
Caroline Behrje, geb. **Allerheiligen,** 50 Jahre.
Hermine Blanke, geb. **Sinram,** 78 Jahre.

Amtliche Bekanntmachungen

Die Geschäfte des Oesterreichischen Konsulates in Bremen werden bis auf weiteres durch den Oesterreichischen Generalkonsulat **Richter** in Hamburg wahrgenommen. Dieser ist in der erwähnten Eigenschaft für das bremische Staatsgebiet vorläufig anerkannt und zugelassen worden.

Die Regierungskanzlei.

Die Dr. Ludwig Busch Ehefrau, Ida geb. Swiette, hierselbst, ist als beeidigte Dolmetscherin für die russische Sprache zugelassen worden.

Die Regierungskanzlei.

Der in Verlust geratene, im Jahre 1928 in Berlin für Hans Bonarewitz, geboren 18. 7. 1909 in Gnaewitz, ausgestellte Kraftwagenführerschein wird für ungültig erklärt.

Polizeidirektion.

Gerichtl. Bekanntmachungen

(Nr. 2.) In das **Handelsregister** ist eingetragen:

Am 5. Januar 1932.

Deutsch Amerikanische Tabakhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 23. Dezember 1931 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der Kaufmann Friedrich Wilhelm Arnbrecht in Bremen ist zum Liquidator bestellt.

„Notrace Gesellschaft mit beschränkter Haftung" (Nordische Transport-Compagnie), Bremen: Der Kaufmann Georg Pasewalk in Stettin ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Deutscher Fischmehlvertrieb Paul Leipold, Bremen: Inhaber ist der hiesige Kaufmann Paul Albert Bernhard Leipold. Geschäftszweig: Vertrieb und Import von Fischmehlen sowie der Betrieb aller einschlägigen Geschäfte. Grümmerstraße 85.

Fischer, Schmid u. Co., Bremen: An Hans Heinrich Johann Schmid ist am 1. Januar 1932 Prokura erteilt.

Eduard Groschopp, Bremen: Die Ehefrau des Apothekers August Theodor Eduard Groschopp, Karoline Theodore Erna, geborene Rambohr hat das Geschäft durch Vertrag erworben und führt solches seit dem 4. Januar 1932 unter Uebernahme der Aktiven, jedoch unter Ausschluß der Passiven und unter unveränderter Firma fort.

Hansa-Lloyd und Goliath Werke Borgward u. Teckenborg, Bremen: Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 31. Dezember 1931. Gesellschafter sind: die hiesigen Kaufleute Carl Friedrich Wilhelm Borgward und Wilhelm Teckenborg. C. F. W. Borgward und W. Teckenborg sind nur berechtigt, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zu vertreten. An Wilhelmine Bid. Friedrich Wilhelm Iring, Bernhard Otte und Wilhelm Schindelhauer, sämtlich in Bremen, ist in der Weise Prokura erteilt, daß jeder von ihnen berechtigt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem der Gesellschafter oder mit einem Prokuristen zu vertreten. Geschäftszweig: Herstellung und Verwertung von Kraftfahrzeugen und aller in den Geschäftszweigen der Automobilindustrie einschlagenden Artikel, sowie der Bau von Fahrzeugen, Motoren, Maschinen, Werkzeugen aller Art und der Handel mit solchen. Föhrenstraße 81-83.

Kurt Ifermeyer, Bremen: Inhaber ist der hiesige Kaufmann Karl Adolf Kurt Ifermeyer. Geschäftszweig: Assekuranzmakler. U. L. Frauen-Kirchhof 4.

C. F. Wilh. Pfeifer, Bremen: Das Geschäft ist mit Aktiven und Passiven an Elfe Hering in Bremen veräußert. Die Firma bleibt unverändert.

Ernst Wenke u. Co., Bremen: An Helmut Heinrich Giesler ist Prokura erteilt.

Am 6. Januar 1932.

Hermann F Kayser, Bremen: Inhaber ist **der hiesige Kaufmann** Hermann Friedrich Kayser. Geschäftszweig: Zigarrenfabrik. Parkstraße 87.

Karl H. Borcherding, Bremen: Inhaber ist der hiesige Kaufmann Karl Heinrich Borcherding. Geschäftszweig: Export, Import. Graf-Moltkestraße 4.

Bartels u. Panning, Bremen: Die Prokura von Gerda Gebekoht ist am 5. Januar 1932 erloschen.

Bagt u. Co., Bremen: Die Prokura von Gerda Gebekoht ist am 5. Januar 1932 erloschen.

Rottenius u. Paul Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquid., Bremen: Die Firma ist erloschen.

Baumwoll-Terminhandel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 17. November 1931 sind die §§ 1 und 3 des Gesellschaftsvertrages inhalts (11) der Akten geändert. Die Firma lautet jetzt: **Baumwolltermin u. Importhandel Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Zum Gegenstand des Unternehmens ist hinzugekommen: „ferner der Import und Handel mit effektiver Baumwolle".

„Geta" Aktiengesellschaft für Tabakverarbeitung, Bremen: Die Prokura des C. H. Oeffemann ist erloschen.

Bremer Bank, Filiale der Dresdner Bank, Bremen: Dr. jur. Franz Beltz ist nicht mehr stellvertretendes Vorstandsmitglied. Zum Mitglied des Vorstandes ist bestellt der Bankdirektor Carl Goetz in Berlin. Zu stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt der Bankdirektor Hans Wilder in Berlin und der Bankdirektor Dr. phil. Otto Heymann in Berlin. Die Generalversammlung vom 29. August 1931 hat unter dem im Beschlusse angegebenen Bestimmungen beschlossen, das Grundkapital um dreihundert Millionen Reichsmark durch Ausgabe von dreißigtausend Stück neuen Vorzugsaktien im Nennbetrage von je zehntausend Reichsmark, die sämtlich auf den Inhaber lauten, zu erhöhen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 12. Dezember 1924 ist in § 4 und weiter in den §§ 6, 19, 26 und 27 durch Beschluß derselben Generalversammlung laut notarieller Niederschrift von gleichem Tage abgeändert worden. Das Grundkapital beträgt nunmehr vierhundert Millionen Reichsmark und zerfällt in dreißigtausend Vorzugsaktien über je zehntausend Reichsmark, einhundertfünfundbreißigtausend Stammaktien zu je zwanzig Reichsmark, einhunderdreizehntausend Stammaktien zu je einhundert Reichsmark und sechsundachtzig Reichsmark, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Die gesamten neuen Vorzugsaktien sind zum Kurse von 100 Prozent frei von Stückzinsen begeben.

Gerke u. Deppen-Hansamühle Aktiengesellschaft, Bremen: Der Kaufmann Generalkonsul Eduard Joseph Friedrich Otto Delius ist mit dem 31. Dezember 1931 aus dem Vorstande ausgeschieden. An Johann Diedrich Georg Willms in Bremen ist am 4. Januar 1932 in der Weise Prokura erteilt, daß er berechtigt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede zu vertreten.

Amtsgericht Bremen.

Nach § 10 BO. vom 19. 12. 99 wird bekannt gemacht, daß auf Verfügung der Justizkommission des Senats vom 12. 11. 31 und 1. 12. 31 mit der Anlegung des Grundbuches für die Bezirke **Vorstadt L 28,** 30, 34 und die Landgemeinden **Lankenau** und **Seehausen** heute begonnen ist.

1) **Der Bezirk Seehausen L 28** wird begrenzt: im Süden von der Landgemeinde Lankenau, im Westen von der Stromerstraße, im Norden von der Wollmershauserstraße. — Im Osten schließt der Bezirk mit den Grundstücken Kampsheidedamm Nr. 2—48 (gerade Nummern) und mit den Parzellen L 28, Nr. 927-865, 925-830, 80 D und 80 E ab.

2) **Der Bezirk Vorstadt L 30** umfaßt die Grundstücke zwischen der Mitte der Weser im Nordosten und dem Westerdeich im Süden, sowie zwischen dem Rablinghauser Groden im Nordwesten und der Verlängerung der Dunsestraße über den Westerdeich hinaus bis zur Mitte der Weser im Südosten.

3) **Der Bezirk Vorstadt L 34** wird begrenzt: im Norden von der ehemaligen Feldmark Lankenau, im Nordosten vom Rablinghauser Groden, im Osten von der Wiedhofstraße im Westen, im Südwesten und im Süden von dem im Nordsede belegenen Staatsgrundstück Kat.-Bez. Feldmark Rablinghauser Weg und vom Dorfstampsweg.

4) **Zur politischen Gemeinde Lankenau** gehören die Ortschaft Lankenau, der nicht der Stadt angeschlossene Teil der ehem. Feldmark Rablinghausen, sowie die ehemalige Feldmark Woltmershausen, soweit diese nicht der Stadt der Landgemeinde Strom oder der Landgemeinde Huchting angeschlossen ist.

5) **Zur politischen Gemeinde Seehausen** gehören die Ortschaften Seebausen und Hasenbüren.

Während oder später erfolgenden **allgemeinen Abkündigung** haben die Beteiligten ihre Rechte an den in Betracht kommenden Grundstücken dem Grundbuchamt anzumelden, sofern sie nicht vor Beginn der Abkündigung die Mitteilung erhalten haben, daß eine Anmeldung nicht erforderlich ist.

6. 1. 1932. **Grundbuchamt.**

Ueber das Vermögen der Inhaberin eines Baugeschäfts, der Ehefrau des Bauunternehmers Otto Brandt, Marie, geborenen Meier, Bremen, Adelenstraße 48, ist heute nachmittag 12.35 Uhr der Konkurs eröffnet und der Rechtsanwalt Reichard, Bremen, Langenstraße 17, ist zum Verwalter ernannt worden.

Allen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, sowie von ihrem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie etwa aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Verwalter bis zum 20. Februar 1932 Anzeige zu machen.

Zur Anmeldung der Konkursforderungen, die bei dem Gericht schriftlich oder an der Geschäftsstelle (Gerichtshaus, Zimmer 74) zu Protokoll unter Angabe des Forderungsgrundes und etwa beanspruchten Vorrechts sowie unter Beifügung der Unterlagen erfolgen muß, ist die Frist

bis 20. Februar 1932

festgesetzt.

Es ist Termin anberaumt zur Gläubigerversammlung zwecks Beschlußfassung gemäß §§ 110 und 132 Konkursordnung auf

9. Februar 1932,
vormittags 9,45 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

12. April 1932,
vormittags 9 Uhr,

vor dem Amtsgericht, Gerichtshaus hierselbst, Zimmer 844.

7. 1. 1932.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Leistungsfähiges Wäscheausstattungs-Versandhaus

d. Niederlauf. Textilindustrie vergibt noch einige **VERTRETUNGEN** (auch an Damen). Meldungen an:

Ernst Schölzke & Comp., Sorau N.

Stellengesuche

Hausdiener
SA-Mann, 20 Jahre sucht Stellung gleich welcher Art. Angeb. unt. Y 260

Unterricht

Jung. Akademiker gibt energische Nachhilfe. Angebote u. S 254

Heute abend anläßlich des NS.-Konzerts spricht

Pg. von Sichart

über die Unterredung

Brüning - Hitler - Groener

Ehret Eure deutschen Meister

Volkstümlicher Konzert-Abend
der NS-Kapelle
Heute abend, 20.30 Uhr im großen Casino-Saal

I. Teil

Einzugsmarsch aus Tannhäuser
Jubel-Ouvertüre
Klarinetten-Solo
Walters Preislied
Gruß d. Hans Sachs
Ouvertüre Egmont

Pause

II. Teil
Historische Märsche i. chronologischer Folge.

I	1c	1745	Der Hohenfriedb. Marsch
I	27	1761	Der Koburger Marsch
I	7	1806	1. Bataillon Garde
II	37	1813	Marsch des Yorkschen Korps
II	38	1814	Paris. Einzugsm.
II	113	1837	Marsch a. Petersb.
II	145	1848	Radetzky Marsch
II	186	1864	Düppler Sturmanzen Marsch
II	195	1866	Königgrätzer M.
II	45a	1870	Sedan-Marsch
—		1914	Der Adler v. Lille
—		1930	Horst Wessel M.

Eintritt 70 Pfg. — Erwerbslose an der Abendkasse 30 Pfg.

Stadttheater

Heute
Freitag 20 Uhr: Geschlossene Vorstellung für den Goethebund
Othello
Sonnabend, 15 Uhr, 48. Nachmittags-Vorstellung
Hänsel und Gretel
hierauf
Die Puppenfee
Kleine Preise: 40 Pfg. bis 3 Mk. Kinder die Hälfte
20 Uhr, 93. Abonnements-Vorst.
Zar und Zimmermann
Sonntag, 15 Uhr, 47. Nachmittags-Vorstellung
Im weissen Rössl
19.30 Uhr: 94. Abonn.-Vorstellung
Die Macht des Schicksals

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters
Sonntag, 20.15 Uhr
Der große Lachschlager
Charleys Tante
Kleine Preise!

Schauspielhaus

Heute
8 Uhr — Ende 10.40 Uhr
11. Kammerspiel „Freitag"
Der große unbestrittene deutsche Presse- und Publikumserfolg
Der Graue
Schauspiel von Friedrich Forster
Die letzten Gastspiele
Herta Windschild
Sonnabend, nachmittags 4.30 Uhr
5. Sonnabend-Nachmittag
Gastspiel Herta Windschild
NINA
Komödie von Bruno Frank
Karten zu klein. Preisen an d. Kasse
Sonnabend, abends 8 Uhr
Zum vorletzten Mal
Intimitäten
Lustspiel von Noel Coward
Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Zum letzten Mal
NINA
Halbe Preise
Sonntag, abends 8 Uhr
Zum letzten Mal
Intimitäten
Sonntag, morgens 10 Uhr:
Theater für die tätige Jugend
2. Zug

Seeleute, Hafenarbeiter
Massenversammlung
Sonntag, morgens 10 Uhr, gr. Centralhallensaal
Redner: **Pg. Schwiebert, Hannover**
Thema:
Was lernt der deutsche Arbeiter aus der augenblicklichen Lage und der Verschlechterung seiner Lebenshaltung
Eintritt 20 Pfg.

Aus Bremen Stadt und Staat

Die rote Gewerkschafts-bonzokratie lügt

Vor einem Jahre schrieb der berühmte Mephisto in seinem Fangturm, daß ich der „Mann ohne Mund" wäre und wenn ich auch 10 Jahre der Bürgerschaft angehöre, den Mund nicht aufmachen würde, er hat mich dabei scheinbar mit seinem eigenen Parteifreund Burkhard Fritsch, Habenhausen, verwechselt, der allerdings seit 10 Jahren stumm in der Bürgerschaft thront. Heute aber läßt mir die hohe Bonzokratie bereits die außerordentliche Ehre widerfahren, daß sie meiner in einem besonderen Anschlag an den Plakatsäulen gedenkt.

Nur eins ist schade, die Behauptungen des ADGB-Ortsausschusses **stimmen nicht**, sie sind **glatt erlogen**. In meiner Rede vom 27. November habe ich ausdrücklich gesagt, daß wir Nationalsozialisten **grundsätzlich** den 8-Stundentag fordern, daß man aber den selbständigen Handwerkern nicht verwehren dürfe, auch länger zu arbeiten, wenn diese Arbeit ihnen selbst zu Gute kommt.

Das wissen natürlich die Herren Gewerkschaftsführer genau, denn sie haben sich meine Rede ja höchst persönlich angehört und wenn ihr Gedächtnis nicht ganz gut sein sollte und sie manches aus dieser Rede wieder vergessen haben, so steht ihnen ja jeder Zeit frei im amtlichen Protokoll der Bürgerschaft den genauen Wortlaut der Rede nachzulesen. Die Herren wissen genau, was ich gesagt habe, sie lügen also nicht nur, sondern sie **lügen bewußt**.

Wenn in diesem Anschlag weiter zu lesen ist, daß wir Gehalts- und Lohnabbau betrieben, so haben wir dafür nur ein Lächeln, allerdings ein bitteres Lächeln übrig. War es nicht die SPD. und die in der SPD. organisierten „Führer" der „freien" Gewerkschaften, die durch die Tolerierung Brünings den letzten großen Lohnabbau überhaupt erst ermöglichten, waren es nicht die Gewerkschaftsführer, die alles und jedes annehmen, nur um noch etliche Zeit in ihren warmen Sesseln zu bleiben? Haben wir nicht immer wieder auf diesen Verrat der Arbeiterinteressen hingewiesen. Haben wir nicht durch unsere kleine Anfrage in der Bürgerschaft den Lohnabbau der Straßenbahner verhindert und hat nicht gerade die SPD. durch ihre Zustimmung diesen Lohnabbau dann doch durchgeführt. Ich behaupte daher nochmals, die Verfasser des Anschlages, die zu feige sind, ihr Geschreibsel mit ihrem Namen zu decken, sind infame Lügner und Verleumder. Ich würde mich freuen, wenn sie wenigstens soviel Mut aufbrächten, mich zu verklagen, damit ich auch vor Gericht ihr Lügengespinnst zerreißen kann.

Otto Heider, MdB.

Die Post haftet nicht

Der Postanweisungs- und Postscheckverkehr ist so einfach, sicher und schnell, daß man grobfahrlässig handelt, wenn man gewöhnlichen oder eingeschriebenen Briefen Geldeinlagen anvertraut. Wie, wenn der Empfänger behauptet, den Brief nicht erhalten zu haben, oder wenn er zwar den Brief bekommen, aber das Geld nicht vorgefunden hat? Wer ist dann der Schuldige und auf wen kann der Verdacht fallen, das Geld entwendet zu haben? Täuschen Schuldner oder Gläubiger die Absendung oder den Nichtempfang vor, um sich zu bereichern? Hat ein Angestellter des Absenders oder Empfängers oder gar ein Postbeamter Kenntnis von der Geldeinlage gehabt und den Brief unterschlagen oder beraubt? Ist die Sendung infolge mangelhafter Aufschrift oder durch ein Versehen in unrichtige Hände gelangt oder unanbringlich geworden? Alle diese Möglichkeiten ändern nichts an der Tatsache, daß das Geld verloren ist und noch einmal überwiesen werden muß. Das ist umso bitterer, als niemand für den Schaden haftbar gemacht werden kann; nicht einmal die Post, deren Ersatzpflicht nach dem Postgesetz grundsätzlich ausgeschlossen ist bei Verlust und Beraubung von gewöhnlichen Briefen und bei Beschädigung (Beraubung) von Einschreibbriefen. Nur wenn bei Einschreibbriefen der ganze Brief im Geschäftsbereich der Post verloren gegangen ist, zahlt die Post 40 Rm. Ersatz.

Der Bonze Noch und die Polizeibeamten

Der Nordverband der Polizeibeamten war **vor einiger Zeit an den Verein bremischer** Polizei herangetreten mit dem Antrage, beide Vereine zu verschmelzen. Dieser Antrag des Nordverbandes stand am 6. Januar dieses Jahres beim Verein bremischer Polizeibeamten zur Verhandlung und erfuhr — dies sei gleich im voraus bemerkt — **vollkommene Ablehnung des Vereins bremischer Polizeibeamten.** Die Gründe dieser einmütigen Ablehnung sind für uns äußerst interessant.

Es stellt sich im Laufe der Sitzung heraus, daß dem Nordverband die Mitglieder immer mehr und mehr weglaufen, der übliche Mitgliederschwund der Linksparteien und der Gewerkschaften und nunmehr seinen Haushaltsplan nicht mehr aufrechterhalten kann. **Das große Vereinshaus in der Nelkenstraße soll mit etwa 30 000 Mark Hypotheken belegt sein.** Die Zinsen müssen von etwa 5—600 Mitgliedern, die wie gesagt jeden Tag weniger werden, aufgebracht werden. Herr Noch, der übrigens auf Grund seiner „Verdienste" von der Polizeidirektion zum Polizeimeister befördert worden ist (!), sieht bald den Tag kommen, an dem seiner Getreuen Anzahl soviel sind, daß sie allenfalls noch die Vorstandssitze besetzen können, darum der Antrag. Er glaubte wirklich, die Gegenseite so gering einschätzen zu können, daß diese sich ohne weiteres dafür einfangen ließe **und die Bonzenherrlichkeit des Herrn Noch, Polizeimeister, Mitglied der Bürgerschaft, für auch nur kurze Zeit zu verlegen.**

Ja, Bonzentum. Denn es stellte sich heraus, **daß Herr Noch 1200 Mark jährlich — wenn nicht mehr — sich von seinen Mitgliedern bezahlen läßt für seine Führertätigkeit von denselben Mitgliedern, die vor Notverordnungen heute nicht mehr wissen, wie sie den eigenen Haushalt aufrechterhalten sollen.**

Außerdem darf er verfügen über **eine gewisse Summe zu Repräsentationszwecken (!), über die er keine Abrechnung zu legen braucht.** In der Versammlung wurde auf die Abschnitte des Bonzenlebens des Führers Noch hingewiesen: **Führer des Polizeibeamten-Verbandes, Mitglied der Bürgerschaft, seine Stellung bei der Beamtenbank,** außerdem wurde unter allgemeiner Entrüstung sein tätlicher Angriff in der Bürgerschaft **auf einen Schwerkriegsbeschädigten** und dergleichen mehr erwähnt. Ein solcher Mann **wurde als Kamerad in einer Polizei-Organisation grundsätzlich abgelehnt.**

Außerordentlich fest wurde in der Versammlung diese Meinung herausgestellt. Fester als es Herrn Noch lieb war. Die übliche Unverfrorenheit des marxistischen Bonzentums kam auch dadurch zum Ausdruck, daß die Forderung aufgestellt war, den künftigen Verband nach dem Zusammenschluß als Gewerkschaft aufzuziehen und damit einen Ausschluß aller Polizeioffiziere aus jedem heutigen Polizeiverein und mit wirklich großer Entrüstung wies die Versammlung diese Forderung zurück.

einmütig kam zum Ausdruck, den Nordverband mit seinen Parteibuchinhabern und Bonzen ruhig weiter allein laufen zu lassen, bis er sich eines Tages totgelaufen hätte.

Er müsse ja vielleicht in einer Zeit von selbst mit seinem großen Verwaltungsapparat zusammenbrechen an den Folgen des Mitgliederschwundes. Die Kameraden der Polizei, die heute noch nicht erkannt hatten, welcher Weg einzuschlagen ist, welcher Weg der richtige ist, denen ist eben nicht zu helfen.

Besonders erwähnenswert ist auch, daß der Nordverband ein Zusammenarbeiten mit Polizeioffizieren in derselben Organisation als nicht tragbar ablehnt. — Wir können uns dem nur anschließen, es kracht im Bonzentum und in den Bonzenhäusern nach Osterloh kommt Noch!

Reichsbanner überfällt Frauen

Die besonderen Leistungen der Reichsbananen erstrecken sich jetzt auf die Jagd von Frauen unserer Parteigenossen. So wurde am Mittwoch gegen 22 Uhr beobachtet, wie 40 Reichsbannerleute die Frau eines Parteigenossen belästigten. Mit den Worten: „Kennst du die da" drängten sie auf sie ein, jedoch konnte sie im letzten Augenblick flüchten. Das Reichsbanner war selbstverständlich mit Windjacken uniformiert und trug Parteiabzeichen. Wie lange noch wird dieses Treiben geduldet werden.

Deutschland erwache! Merk- und Wehrbuch für deutsche Volksgenossen. 1932, 132 Seiten stark kartoniert, 80 Pfg. Der Deutsche Freiheitsverlag — Zeulenroda-Thür., bringt eine Neuerscheinung für jeden Nationalsozialisten und deutschen Volksgenossen, die in ihrer Zusammensetzung als außergewöhnlich zu bezeichnen ist. Im ersten Teil des Taschenbuches sind Aufsätze führender Männer über die nationalsozialistische Idee enthalten. Worte deutscher Männer, die den Kampf gegen den Kulturbolschewismus führen und dafür sorgen, daß die deutsche Volksseele wieder zurückgewonnen wird. Das Kalendarium ist zur Freude der Juden geschaffen, offene Kampfansage an die Volksverderber und Blutsauger. Alles in allem eine empfehlenswerte Kampfschrift, die jeden Deutschen im Jahre 1932 begleiten sollte.

Schwerer Unfall. Gestern mittag erlitt ein älterer Mann in der Nähe des Tivoli-Theaters einen Nervenzusammenbruch. Er schlug zu Boden und verletzte sich recht erheblich im Gesicht und am Kopf. Ein in der Nähe befindlicher SA.-Mann leistete in hervorragender Weise die erste Hilfe.

100 Jahre Aerztlicher Verein. Am Sonntag, den 10. Januar, feiert der Aerztliche Verein zu Bremen sein hundertjähriges Bestehen. Am Vorabend findet im Atlantikhause eine wissenschaftliche Sitzung statt, in der der Altmeister der Inneren Medizin, Prof. Dr. Friedr. v. Müller-München, einen Vortrag über „Alte medizinische Bücher" halten wird. Die Sitzung ist nicht öffentlich. Auf Sonntag, vormittags 11,45 Uhr, hat der Aerztliche Verein zu einem öffentlichen Festaktus eingeladen. Die Festrede des Vorsitzers Prof. Dr. Kirsten über „Die Bedeutung des Arztstandes für das deutsche Volk" und die Begrüßungsreden der Behörden, der medizinischen Fakultäten der benachbarten Universitäten und der befreundeten Vereine und Gesellschaften, werden von musikalischen Vorträgen umrahmt sein. Zutritt nur für geladene Gäste. Da die Rede mit dem Rundfunk übertragen wird, müssen die Saaltüren des großen Glockensaales pünktlich geschlossen werden. Ein einfaches gemeinsames Essen wird nachmittags die Aerzte mit ihren Damen und Gästen vereinigen.

Goethewoche im Stadttheater. Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben: Zum Gedenken des hundertsten Todestages Goethes (22. März) veranstaltet das städtische Schauspiel zwischen dem 15. und 25. März eine besondere Goethewoche, in der die wesentlichen dramatischen Werke des Dichters gegeben werden sollen: „Egmont" mit der Musik Beethovens, „Götz von Berlichingen", „Clavigo" und der „Faust" in ursprünglicher Gestalt. Am Sonntag, den 20. März findet eine Morgenfeier statt, in der Dr. Rudolf Alexander Schröder die Gedenkrede halten wird und der fast unbekannte „Bürgergeneral" zur Darstellung gelangt. Zu den diesen Goethezyklus sind Serienkarten vorgesehen, die jedermann die Teilnahme ermöglichen sollen, auch werden die Veranstaltungen durch Schüleraufführungen ergänzt.

Anker und Kette verloren. Der deutsche Dampfer „Wakama" der Woermann-Linie AG., Hamburg, hat in der letzten Nacht bei schwerem Wetter in der Nähe vom Hoheweg-Leuchtturm auf der Außenweser beide Anker und Kette verloren. Der Dampfer ist heute vormittag aus See zurückgekehrt und nach Bremen wieder aufgedampft.

Stenographische Gesellschaft „Gabelsberger" von 1859 für Einheitskurzschrift. Der regelmäßige Unterricht beginnt wieder in allen 9 Uebungsabteilungen am Montag, dem 4. Januar, 20 Uhr, in der Oberrealschule, Rechantstraße 5, die Anfängerlehrgänge am Dienstag, dem 12. Januar, 20 Uhr. Ein neuer Anfängerlehrgang für Damen und Herren wird am Freitag, dem 15. Januar, 20 Uhr, eröffnet. Für diesen nimmt der Hausmeister der Schule schon jetzt Anmeldungen entgegen. Die Erfahrung lehrt, daß es ratsam ist, sich rechtzeitig die Kenntnis der Kurzschrift anzueignen und wenn man sie erlernt hat, sie auch weiter zu betreiben und nach Möglichkeit die Geschäftsstenographenprüfung vor der Handelskammer abzulegen. Infolge der Größe des Vereins ist eine weitgehende Untergliederung der Unterrichtslehrgänge vorgenommen, so daß jeder in der Gesellschaft Gelegenheit hat, seine Uebungen in der Geschwindigkeit zu beginnen, die er beherrscht, um von dieser aus sich zu vervollkommnen. Anmeldungen jederzeit beim Hausmeister oder am Montag und Donnerstag, 20 Uhr, in der Schule.

5. Bremisches Handwerkerfest. Der Bund der Innungen und gewerblichen Vereine hat sich trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse entschlossen, das bereits traditionell gewordene Wohltätigkeitsfest des Bremischen Handwerks auch in diesem Jahre zu feiern, und zwar am kommenden Sonnabend. Der Abend bringt Darbietungen künstlerischer und turnerischer Art; sein Ertrag wird restlos der Bremischen Handwerker-Stiftung zugeführt.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansjarl von Scharf; für den Anzeigenteil: C. A. Güldner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rückendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —
Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

6. Philharmonisches Konzert

Das 6. Philharmonische Konzert war dem großen Meister Mozart gewidmet, für den das Komponieren eine Befreiung seiner übervollen Seele bedeutete und von dem Goethe sagte: „In seinen Werken liegt eine zeugende Kraft, die von Geschlecht zu Geschlecht fortwirkt und sobald nicht erschöpft und verzehrt sein dürfte." Als Einführung wurde eine Serenade für B-Bläser gespielt, die besonders im 3. und 4. Satz anmutet, als ob der Meister in einer Laune für jedes Instrument eine Handvoll Noten hingestreut hätte, aus der ein wechselvolles Spiel von Klangfarben entsteht, das sich immer wieder in einer wundervollen Harmonie auflöst, die ja gerade bei der Musik Mozarts eine so beglückende Befriedigung hinterläßt. Gewiß suchen wir heute nicht in jedem aufstrebenden Künstler einen Mozart oder Beethoven, aber mit noch soviel Nachsicht kommen wir doch zu der Erkenntnis, daß die moderne Tonkunst nichts weiter als in Noten übersetzte Sachlichkeit ist, die alles andere als beglückend wirkt. Die Serenade wurde von den Herren Kammermusikern Lauschmann, Schwank, Rinne, Thomalla, Dietze de Grys, Rottensteiner, Büse, Prill, Baarts, Schwieger, Münzer und Ilsbrücker tonlich und technisch wundervoll wiedergegeben. Dann folgte eine Concertante Symphonie für Violine, Bratsche und Orchester; der letzte Solosatz im Allegro Maestoso und das Andante gelangen den beiden Solisten, Herrn Berla und Herrn Schulz, vortrefflich. Gekrönt wurde der Abend durch die berühmte Jupiter-Symphonie, das Meisterstück aller Mozartschen Symphonien. Hier verläßt uns die sorglose Heiterkeit des so glücklich veranlagten Komponisten, er zwingt uns in den Bann des sieghaften Glücksgefühls, das aus dieser Musik leuchtet; nichts von tiefen Problemen, einzig das Bewußtsein, ein von dem Schöpfer Auserwählter zu sein, den Menschen durch seine Werke Glück und Frieden geben zu können. — Die Stabführung Professor Wendels war, wie gewohnt, meisterlich. Die Feinheiten dieser wahrhaft göttlichen Musik waren bis ins kleinste herausgearbeitet. Das Orchester spielte mit Hingabe und paßte sich der Anmut und Leichtigkeit an. Der starke Beifall bezeugte die Begeisterung der Hörer. i. V. Caspary.

Spielplan der Vereinigten Theater. Die Direktion der Vereinigten Theater schreibt uns: Im Metropol-Theater gelangt ab Freitag, dem 8. Januar, der neue Ufa-Tongroßfilm „Meine Frau, die Hochstaplerin" mit Heinz Rühmann, Käthe v. Nagy, Hern. Wallentin, Alfred Abel u. a. in den Hauptrollen zur Vorführung. Alle effektvollen Faktoren treffen in diesem Film zusammen, sie sind zu einer Handlung verflochten, die nicht zuletzt deshalb so zündet, weil sie auch manches, was sich sonst im Leben von einer weniger erfreulichen Seite präsentiert, mit Schwung, Witz, Phantasie und Musik glossiert. Die kecken und lustigen Abenteuer der reizenden Hochstaplerin und ihres Eheherrn werden in ihrer mitreißend lustigen Art wieder alle Herzen gefangen nehmen. Er, der Ehemann, zwar hervorragend tüchtig, aber ach so schüchtern, weiß sich nicht in Szene zu setzen. Sie, ein famoses, resolutes Frauchen, mit Herz und Hand am rechten Fleck und gut placierter Lebensfrechheit, die das möblierte Zimmer, den Omnibus, die Stullenpakete auf der Landpartie gründlich satt hat, ergreift für „ihn" die Initiative und schubst und drängt ihn mit aller Gewalt die Leiter des Glücks hinauf. In einer möblierten Zweisamkeit, die ganz und gar von dem knappen Monatsgehalt diktiert wird, wird „er eines schönen Tages kaltgestellt und „sie" übernimmt die Steuerung ihres gemeinsamen Lebensschiffes. Wirklich, was in diesem Film im einzelnen und allgemeinen gehochstapelt wird, was sich Käthe v. Nagy an tollen Wagnissen leistet, wie sie in das ganze Abenteuer hineinschliddert, wie sie klopfenden Herzens schiebt und geschoben wird, wie sie in tausend Zwickmühlen gerät, wie sie sich natürlich in den Fäden ihrer „Transaktionen" verhedert, wie sie in die brenzlichsten Situationen stürzt, das ist im höchsten Grade spannend und amüsant, nervenprickelnd und herzerfrischend. — Das Palast-Theater bringt ab Freitag, den 8. Januar, den im Metropol-Theater so erfolgreich gelaufenen Großfilm „York" mit Werner Krauß, Theodor Loos, Hans Rehmann, Walter Janssen, Rudolf Forster, Gustav Gründgens, Grete Mosheim u. a. in führenden Rollen. Der urkomische Lachschlager „Der Herr Bürovorsteher" mit Felix Bressart, Hermann Thimig, Alb. Paulig, Alfred Abel und Julia Serda in den Hauptrollen gelangt ab Freitag, den 8. Januar, im Kaiser-Theater zur Vorführung. Im Hansa-Theater läuft ab Freitag, den 8. Januar, der Ufa-Tongroßfilm „Der Kongreß tanzt" mit Lilian Harvey, Willy Fritsch, Conrad Veidt, Lil Dagover u. a. Das Apollo-Theater bringt ab Freitag, den 8. Januar, das spannende Ton-Schauspiel „Dämon des Meeres" und ein ausgewähltes Beiprogramm.

Volk und Wirtschaft

Bauerntum aus der Asphaltperspektive

Jüdische Unverschämtheiten

Es ist eine typische Eigenschaft jüdischer Literaten, alt überlieferte Werte und Begriffe umzudrehen und umzuwerten, seit Jahrhunderten festgelegte Wahrheiten zu verhöhnen und lächerlich zu machen, um das Denken der Menschheit zu zersetzen und in Verwirrung zu bringen. Ein Blick auf den heutigen allgemeinen Büchermarkt zeigt uns, wie um der Sensation willen über die lächerlichsten Probleme geschrieben wird, wie man sich, die gröbste Unwahrheit zu beweisen, anheischig macht, weil vom Großstadtmenschen Sensationsliteratur stark verlangt wird. So hat der jüdische Schriftsteller Otto Corbach ein dickes Buch „Offene Welt" herausgegeben, in dem er die „Minderwertigkeit" des Bauernstandes, vor allem des deutschen nachzuweisen sucht. Uralte Erkenntnisse, die auch im Sprachgebrauch der arischen Völker zum Ausdruck kommen, daß das Wort Kultur denselben Wortstamm wie das lateinische Wort für den Acker bebauen, colere, hat, dies aues wird von solch einem Konjunkturliteraten mit großer Handbewegung beiseite geschoben und statt dessen die eigene Weisheit verzapft.

Ausgehend von der wirklich nicht mehr neuen Tatsache, daß die Welt schlecht verteilt ist, daß Europa viel zu dicht bevölkert ist, behauptet Corbach, daß hieran allein die Rückständigkeit und Minderwertigkeit des Bauern schuld sei. Nicht das Bauerntum wäre das Fundament aller Kultur, sondern der Fortschritt wäre immer beim Nomadentum zu suchen gewesen. Während für den nordischen Menschen der Spruch gilt: Das schönste Wappenbild der Welt ist blanker Pflug im grünen Feld!, führt Corbach die Worte Mohammeds an, die dieser tat, als er einen Pflug zu sehen bekam: „Niemals kommt solch' ein Gerät in mein Haus, ohne daß die Schande zugleich einzieht!" Daß allerdings auch nomadisierende Volksstämme wie die Araber nur dann Kulturleistungen vollbrachten, wenn sie seßhaft geworden waren, das entzieht sich der Kenntnis dieses notorischen Besserwissers. Wenn er sogar den Ostdeutschen Herder als Zeugen für die „Kulturüberlegenheit des Nomadentums" anführt, so beweist das, daß er selbst die wissenschaftlich sein sollende Seite seines Machwerkes nicht ernst nimmt.

Versteigt sich sein asiatisches Denken dazu, über den Wert des Bauerntums eigene Urteile abzugeben, so ergeht er sich in den wüstesten Beschimpfungen und Verhöhnungen des ältesten und vornehmsten Menschenberufes. Es ist als unerhörtes öffentliches Aergernis anzusehen, daß ein jüdischer Asphaltliterat offen schreiben darf, „der Bauer hätte sich auch als Soldat im Weltkrieg minderwertig gezeigt". Er wagt es sogar, den Bauern schlechthin als Tagedieb und Faulenzer hinzustellen, dem die gebraten Tauben ins offene Maul fliegen. Der „wenn die Saat dem Boden anvertraut, sorgen die Kräfte der Natur bis zur Ernte für alles weitere, und wenn die Kuh des Bauern kalbt, so hat er einen Vermögenszuwachs erfahren, ohne daß er seine Hand zu rühren braucht. Der Bauer könne im Gegensatz zu jedem anderen Beruf auch durchkommen, wenn er faul ist und von seinem Gewerbe wenig versteht."

Natürlich ist der Schreiber solcher Weisheiten ein eifriger Verfechter des Marxismus und des heutigen Systems der schwarz-rot-goldenen Republik, deren kulturelles Ziel er sich folgendermaßen denkt: „Die Spannung zwischen ländlicher Zurückgebliebenheit und städtischer Kultur steigert sich bis die überlegene Intelligenz industrieller und städtischer Menschen das öffentliche Leben ganz beherrscht und dem platten Lande ihren Willen aufzwingt". Also, um den Sinn dieses Buches zusammenzufassen, deutscher Bauer, gib diese verdummende Seßhaftigkeit auf, pfeife auf Dein Vaterland und zieh' hinaus, um „jungfräulichen" Boden zu suchen. Dort kannst Du große Städte mit wundervoller Technik aufbauen. Ihre Benutzung aber mußt Du den modernen Asphaltnomaden überlassen, sie werden es sich darin bequem machen und zum Dank dafür ein gelehrtes Buch über Deine Zurückgebliebenheit und Minderwertigkeit schreiben — wenn Du es nicht vorziehst, sie vorher zum Teufel zu jagen!

H. K.

Die neuen Postgebühren

Berlin, 7. Jan. Im Amtsblatt des Reichspostministeriums ist jetzt die Verordnung zur Aenderung der Postordnung veröffentlicht worden, mit der die kürzlich beschlossenen Gebührensenkungen für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete bekanntgegeben werden. Die Ermäßigungen treten am 15. Januar in Kraft.

Ein Wort an die deutschen Landwirte

Kauft deutsche Düngemittel

Der Bezug von ausländischem Phosphat und Thomasmehl stärkt die deutschfeindlichen Rüstungsindustrien

Ueberall werden in dieser Zeit im deutschen Vaterlande „Deutsche Wochen" veranstaltet mit dem Ziel, die deutschen Volksgenossen darauf aufmerksam zu machen, deutsche Waren — ganz gleich welcher Gattung — zu verbrauchen. Genau so, wie wir fordern, daß in Deutschland nur Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft verbraucht werden, müssen wir auch verlangen, daß die Deutschen ausschließlich Erzeugnisse der deutschen Industrie verwenden. In diesem Zusammenhange richten wir eine **dringende und herzliche Mahnung auch an die deutsche Landwirtschaft, keinerlei Auslandsware zu kaufen.** Wie notwendig in dieser Hinsicht eine Aufklärung am Platze ist, mag aus der Tatsache erhellen, daß beispielsweise immer noch erhebliche Mengen von Auslandsdüngemitteln nach Deutschland hereinkommen und leider auch von deutschen Landwirten gekauft werden.

So stellt sich die jährliche Einfuhr von Superphosphat und Thomasmehl auf über 60 Millionen RM.

Unsere heimische Superphosphat-Industrie ist durchaus in der Lage, den deutschen Verbrauch vollkommen zu decken. Kommt auch das Rohprodukt zu diesem Handelsdünger aus dem Auslande, so gewährt die deutsche Superphosphat-Industrie doch bei dem Gang des Veredlungsprozesses, dem das Rohphosphor unterworfen wird, Tausenden von deutschen Arbeitern Beschäftigung und damit Lohn und Brot.

Von dieser Sachlage haben zweifellos viele unserer Landwirte nur eine ganz unklare Vorstellung, sonst würde Superphosphat nicht zu den Einfuhr-Produkten der deutschen Landwirtschaft gehören. **Jeder Bauer sollte daher entschieden widersprechen, wenn ihm sein Düngerlieferant mit ausländischem Superphosphat, das keineswegs vorteilhafter ist, als das der heimischen Produktion, beliefern wollte.**

Noch weniger als die Einfuhr von Superphosphat läßt sich

der Auslandsbezug von Thomasmehl

volkswirtschaftlich rechtfertigen. Ganz abgesehen von dem geringen Wirkungsverhältnis, die der Thomasmehl-Phosphorsäure gegenüber der Phosphorsäure des Superphosphats **als ertragsteigerndes und qualitätverbesserndes Produktionsmittel bei der landwirtschaftlichen Erzeugung zukommt,** sollte sich jeder Landwirt doch ständig vor Augen halten,

daß das bei uns eingeführte Thomasmehl zumeist aus Frankreich stammt und ein Abfallprodukt der ungeheuren Eisenmengen ist, die die französische Heeresleitung zur Errichtung eines [illegible] der Schweizer Grenze an der Front Frankreichs entlang laufenden weit nach Belgien hineinreichenden Befestigungsgürtels benötigt.

vergegenwärtige sich recht: Wir führen überhüttungsprodukt in unserem ver- Deutschland mit seinem nach Millionen zählenden Arbeitslosenheer ein, daß das uns feindlich gesonnene Frankreich im Ueberfluß gewinnt, und das es nicht im eigenen Lande gebrauchen will — denn als Phosphorsäuredünger kommt für Frankreich wie für das gesamte Ackerbau treibende Ausland fast nur Superphosphat in Frage.

In einem Aufsatz in der mecklenburgischen landwirtschaftlichen Zeitung behandelt F. Kröger-Kiel das Thema: Einfuhrzölle auf Stickstoff-Düngemittel, wo bleibt der Schutz der deutschen Phosphorsäure-Industrie? Kröger sagt u. a. folgendes:

„Zahlen beweisen mehr als viele Worte. Betrachten wir uns die Einfuhrzahlen von ausländischem Thomasmehl, das den Hauptanteil an der Einfuhr von phosphorsäurehaltigen Düngemitteln hat, so sehen wir, daß

1924	517 612 t	im Werte von	22,4	Mill. RM.
1925	704 669 t	„ „ „	28,74	„ „
1926	885 849 t	„ „ „	37,2	„ „
1927	1 036 433 t	„ „ „	41,9	„ „
1928	1 160 585 t	„ „ „	40,4	„ „
1929	1 115 774 t	„ „ „	50,7	„ „
1930	1 158 625 t	„ „ „	48,6	„ „

nach Deutschland eingeführt wurden. 1931 betrug in den ersten 5 Monaten allein die Einfuhr bereits 636 000 t im Werte von 24,94 Millionen RM. Im Vergleich zum Vorjahre ist damit eine Mehreinfuhr von rund 200 000 t, das sind 45 Prozent, im gleichen Zeitraum zu verzeichnen. Die Thomasmehl-Einfuhr entsprach bis Ende 1930 annähernd 60 Prozent des gesamten deutschen Verbrauchs an Thomasmehl. Von fünf Sack Thomasmehl, die unsere Landwirtschaft bis dahin verbraucht hat, waren also drei ausländischer Herkunft, und zwar stammt es hauptsächlich aus Frankreich, Belgien und Luxemburg.

Tausende deutsche Arbeiter sind durch die Einfuhr brotlos geworden.

Weiter besteht aber die Gefahr, daß die deutsche Phosphorsäure-Industrie eines Tages diesem Druck nicht mehr standhalten kann. Dann ist die **französisch-belgische Phosphorsäure-Industrie** — das sind die **Stahl- und Rüstungsfabriken, da Thomasmehl ja ein Abfallerzeugnis bei der Stahlgewinnung ist** — in der Lage, die Preise auch in Deutschland zu bestimmen. Dann stehe unserer Landwirtschaft, die heute noch nahezu ohne Widerstand französische und belgische Thomasmehle verwendet. Sie hat sich dann doppelt an das Ausland verkauft, denn zunächst ist die Gestaltung der Preise nicht mehr von uns aus zu beeinflussen, und ferner wird das Heer der Arbeitslosen in noch erschreckenderem Maße vergrößert, und die Landwirtschaft würde sich auf diese Weise selbst die eigenen Käufer vernichten!"

Streikt ein solcher wirtschaftlicher Unsinn nicht hart an nationaler Würdelosigkeit?

Ist Thomasmehl für die deutschen Böden etwa ein geeigneterer Phosphorsäuredünger als für die französischen Aecker? Nie und nimmer! Thomasmehl wird als Phosphorsäuredünger wegen der Schwerlöslichkeit seiner Phosphorsäure immer weit hinter dem Superphosphat marschieren und wenn es sich bei Wirtschaften mit leichten und mangelhaft gekalkten Böden wirklich des öfteren bewährte, womit noch lange nicht bewiesen ist, daß es dem Superphosphat in der Wirkung gleichkäme oder es gar übertäfe, **so sollte unsere Landwirtschaft doch stets bedenken, daß das aus unseren deutschen Hütten abfallende Thomasmehl von derselben Qualität wie das französische ist und in so großen Mengen zur Verfügung steht, daß jeder Bedarf für solche Böden, wo Superphosphat nicht hingehört, mühelos gedeckt werden kann.** Wir dürfen uns ein für allemal in Zukunft solcher Verfehlungen gegen wirtschaftliche Vernunft und Nationalwürde nicht mehr schuldig machen. Vor allem muß unsere Landwirtschaft beim Kauf von Superphosphat auch beim Bezug von Thomasmehl nachdrücklich darauf bestehen, ausschließlich mit deutschem Fabrikat beliefert zu werden.

Das Wirtschaftssystem, zu dem wir gezwungt sind, ist mit Fehlern und Mängel schon übergenug belastet; es ist Zeit, daß unser Blick sich schärft für Maßnahmen, die dem kranken Körper unserer Wirtschaft endlich gesundes Blut zuführen. Darum: Los von der Einfuhr von allen entbehrlichen Erzeugnissen jeglicher Art!

Herbert August Meyer.

Auch Oesterreichs Bauern folgen Hitler

Wie die lawinenartig anwachsende nationalsozialistische Bewegung unter dem deutschen Landvolk und als Auswirkung die glänzenden Ergebnisse der Landwirtschaftskammerwahlen gezeigt haben, hat sich heute der größte Teil der Bauern in Deutschland unter Hitlers Banner gestellt. Auch in allen Teilen Oesterreichs strömen die bäuerlichen Kämpfer der nationalsozialistischen Partei zu. Bezeichnend für diese Stimmung sind die Briefe, die mit den Beitrittserklärungen an die dortigen Ortsgruppen gelangen. Ein solches Schreiben, das von sechs bisherigen Vertrauensmännern des Landbundes unterzeichnet ist und aus der steirischen Gemeinde Ziprein Bezirk Kirchbach stammt, lautet:

Ziprein, am 15. Dezember 1931.

An das Landessekretariat des österr. Landbundes in Graz.

Wir Unterzeichneten bringen Ihnen hiermit unseren Entschluß, unsere Stellen als Vertrauensleute der Gemeinde Ziprein zurückzulegen, zur Kenntnis.

Gleichzeitig wollen wir Ihnen auch die Gründe zu unserem Entschlusse, nach deren reiflicher Ueberlegung wir diesen Schritt unternehmen, bekanntgeben.

Wir standen von Anfang an hinter der Bewegung des Landbundes, die unsere Ideale, einen freien deutschen Bund des Landvolkes zu schaffen, auf ihr Programm gesetzt hatte. Mit Zähigkeit predigten wir gegen eine Uebermacht von Gegnern, aber ein durchgreifender Erfolg, der uns eine Aenderung des Systems hätte bringen können, **blieb dem Landbund überall versagt.** Jedem gerieten wir immer mehr in würgende Abhängigkeit gegenüber dem Auslande, so daß heute an eine Lebensfähigkeit Oesterreichs allein nicht mehr zu denken ist. Die schwarz-roten Unterdrücker waren auf diesem Wege nicht zu schlagen. **Und heute können wir einfach nicht mehr weiter.** Nun drang vor kurzem auch **die Idee Hitlers des Nationalsozialismus** in unsere Gegend und hat auch bereits viele Anhänger gefunden.

Wir selbst sehen in ihr die einzige Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wir sehen in dieser Bewegung allein die Möglichkeit der Abwehr einer klerikal-monarchistischen Reaktion, die einzige Hoffnung auf Anschluß an Deutschland, der uns dann als Bürger des geeinten großen deutschen Reiches die Macht geben wird, uns von den Fesseln der französischen Gewaltpolitik und jüdischer Zinsknechtschaft zu befreien und damit die Grundlage zum Wiederaufstieg der deutschen Nation zu schaffen.

Dies sind die Gründe, die uns zu unserem Entschluß bewogen haben, und wir machen, dem Ernst der Zeit entsprechend, dem Landbunde den Vorschlag, er möge sich geschlossen dieser gewaltigen Befreiungswelle anschließen. Heil Hitler!

(folgen Unterschriften.)

Trostloses Jahresende

der Landwirtschaft in Preußen

Allgemeines: Die Schwierigkeiten in der Aufbringung der Steuern und Abgaben wurden größer. Die Rückstände an Steuern häuften sich, die Beitreibungen nahmen zu. Teilweise wurden die Mittel zur Steuerzahlung aus dem Verkauf der Substanz (Inventar, Nutzvieh) genommen. Die hierbei erzielten Preise waren durchweg außerordentlich gering. **Die Einführung der Bürgersteuer und die Veranlagung der im elterlichen Betriebe mitarbeitenden Kinder zur Bürgersteuer wurden als große Härte empfunden.** Der Verkehr mit Grundstücken ruhte nach wie vor, abgesehen von Zwangsversteigerungen. In vielen Fällen mußten zur Abwendung von Zwangsversteigerungen Bodenfrüchte und Erzeugnisse der Landwirtschaft zu ungünstigen Preisen verkauft werden. Die Einleitung des Sicherungsverfahrens wurde von zahlreichen Landwirten beantragt. Neue Kredite waren kaum erhältlich, dagegen hielt die Kündigung von Real- und Personalkrediten vielfach noch an.

Ackerbau: Die Pflugarbeiten konnten im wesentlichen beendet werden; die Feldarbeiten beschränkten sich auf das Ausfahren von Stallmist und Kompost. Der Stand der Wintersaaten ist im allgemeinen befriedigend. Nur zum Teil haben sie, besonders der Weizen, durch Kahlfröste gelitten. Vereinzelt wurde über das Auftreten von Mäusen auf den Kleeschlägen geklagt und der Ackerschnecke sowie der Larve des Gartenlaubkäfers. Die wirtschaftseigenen Futtervorräte dürften in ausreichenden Mengen vorhanden sein. Im Zukauf an Kraftfutter wurde im allgemeinen gespart. Teilweise wurde über starkes Faulen der Kartoffeln in den Kellern und Mieten geklagt.

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse waren nach wie vor unzureichend. Die Preise für Vieh, Milch, Butter und Eier waren weiter auf dem Tiefstand geblieben oder z. T. sogar noch gesunken. Schwere Bullen und fette Kühe waren kaum verkäuflich.

Tierzucht und Tierhaltung: In der Rindviehzucht werden mit Rücksicht auf die niedrigen Preise Verkäufe nur unter dem Zwange äußerster Not getätigt. Die Viehställe waren meist überfüllt. Die Erhaltung der Züchterorganisationen und die Durchführung der Milchkontrolle wurden durch zahlreiche Austritte alter Züchter immer schwieriger. Die Schweinepreise sind noch weiter heruntergegangen, vielfach machte sich eine Einschränkung der Schweinezucht bemerkbar. Die geringen Eierpreise führten vielerorts dazu, die Geflügelzucht einzuschränken.

Feldgemüse-, Garten- und Weinbau: Die Preise auf den Wochenmärkten waren im allgemeinen sehr gedrückt.

Die reichlich vorhandenen Vorräte an Winteräpfeln waren schwer verkäuflich. Die Einfuhr von Blumenkohl, Tomaten, Treibsalat, Apfelsinen und Feigen machte sich stark bemerkbar.

Hoover mit Währungskonferenz einverstanden

London, 7. Jan. Einer New Yorker Meldung der „Daily Mail" zufolge, ist Hoover bereit, eine Währungskonferenz einzuberufen, falls England dies wünsche und England, Frankreich und Deutschland nach Abschluß der Tributverhandlungen deshalb an ihn herantreten sollten.